

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Köln: Protestaktion gegen die geplante Schließung der Kunst- und Museumsbibliothek

- **Neonaziterror: Zähe Aufklärung – S. 3**
- **Euro-, Banken-, Finanz-, Staatsschuldenkrise – und die vermeintlichen einfachen Ein-Punkt-Antworten, also Nicht-Lösungen – S. 4**
- **Essener Studie beleuchtet Integration aus verschiedenen Blickwinkeln – S. 12**
- **Mai-Demonstrationen im Vorfeld von Tarifaueinandersetzungen – S. 17**
- **Mit Gaucken und Trompeten ... Der Kirchentag als religiöses Event – S. 18**

Ausgabe Nr. 5 am 10. Mai 2013, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, *Venloer Str. 440, 50825 Köln*. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „*Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung*“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart. stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Fußballwirtschaft

maf. www.fcbayern.telekom.de. Der Aufsichtsrat des FC Bayern besteht aus neun Leuten. Den Profisport repräsentieren Präsident Uli Hoeneß und Vizepräsident Karl Hopfner, die Wirtschaft Vorstände der Adidas AG (H. Hainer), der Audi AG (R. Stadler), der Deutschen Telekom AG (T. Höttget), der Hubert Burda Media (H. Markwort), der UniCredit Group (D. Rampl) sowie der Volkswagen AG und der Porsche Automobil Holding SE (Dr. Winterkorn). Die Politik wird durch den bayerischen Ministerpräsident a.D., Ehrenvorsitzender der CSU, Dr. Edmund Stoiber vertreten. Der turnusgemäßen Sitzung vom Montag, den 6. Mai, lag ein Rücktrittsangebot von Uli Hoeneß vor, das der Aufsichtsrat nicht entgegennahm, weil und solange davon ausgegangen werden kann, dass Hoeneß' Selbstanzeige in seiner Steuersache Bestand hat, so dass es nicht zu einem Strafverfahren wegen Steuerverhinderung kommt. Die Reaktion der Öffentlichkeit ist zwiespältig. Einerseits wird unterstrichen, dass der Gesetzgeber mit dem Institut der Selbstanzeige einen Weg zur Heilung von Steuervergehen unter Vermeidung strafrechtlicher Folgen gewiesen habe, andererseits wird moniert, dass von der milden Beurteilung von Hoeneß' Vergehen schädliche Rückwirkungen auf die Wirtschaftsmoral der Unternehmen ausgehen. Eine große Rolle spielt bei allen Beteiligten, dass der FC Bayern, der als Deutscher Meister 2013 bereits feststeht, in diesem Monat noch das Champions-League-Finale und eine Woche darauf das Endspiel um den DFB-Pokal zu bestreiten hat. Das sogenannte „Triple“ scheint zum Greifen nahe. In gewisser Weise ersetzt der moderne Leistungssport das Theater, das der bürgerlichen Klasse als moralische (Lehr)-Anstalt diente. Im Zentrum dieses Theaters geht es um Erfolg, um Aufstieg und Abstieg und auch das Abstecken der erlaubten und Verpönen der unerlaubten Wege. – Der Aufsichtsrat des FC Bayern ist zu der Ansicht gelangt, dass die Geschäfte des FC Bayern das eine und die privaten Steuerverfahrungen von U. Hoeneß etwas anderes sind. Das ist in doppelter Hinsicht irrig. Uli Hoeneß, der es gewohnt war, sich unter Aufsicht (Schiedsrichter, Trainer, Publikum) bis an die Grenze des Erträglichen einzusetzen, hat dabei einen Stil des Handels und Entscheidens entwickelt, der ihn persönlich prägt und in der viel weniger regulierten Finanzwelt ins Irreguläre führt. So viel zu einem neuen Schadensbild im Zusammenhang mit Leistungssport. Hoeneß kommt aber nicht nur als Getriebener in Betracht. Die Geschäftsführung des FC Bayern ist dabei, den deutschen Liga-Fußball grundlegend zu verändern. Handlungsweisen, die im Wirtschaftsleben durch die Kartellgesetzgebung eingeschränkt werden, sind hier erlaubt. Wenn der FC Bayern Spieler anheuert, nicht nur um sie einzusetzen sondern eben auch, um zu verhindern,

dass sie von anderen Wettbewerbern eingesetzt werden können, hat der Sport eine neue Dimension, vorzugsweise für ältere Herrschaften. Die Aufsichtsräte werden zu Zockern, die Spieler der Liga werden zu Material.

Parteifamilien

maf. www.csu-landtag.de. Die Präsidentin des bayerischen Landtags, Barbara Stamm, übergab am 2. Mai den Fraktionen die Namen von Abgeordneten, die seit dem Beschluss des Landtags 2003, der die Beschäftigung von Familiangehörigen aus Mitteln des bayerischen Landtags beenden sollte, sogenannte Auslauf- und Übergangsregelungen in Anspruch genommen und Familienangehörige weiter beschäftigt hatten. Betroffen ist vor allem, aber nicht nur, die CSU, angezapft wurde diese Quelle zudem nicht nur von Hinterbänkclern, sondern auch von Führungspersönlichkeiten der Fraktion (Fraktionsvorsitzender, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses) und mehreren Angehörigen des Kabinetts. Nicht betroffen ist die FDP, deren Abgeordneten dieser Weg der Einkommensverbesserung nicht mehr offen stand, als sie vor fünf Jahren nach längerer Pause wieder in den Landtag einzogen. Diese sogenannte Übergangsregelung war von allen Parteien getragen worden. – An Wahlabenden werden dem Publikum seitlich neben den Strahlenden Frauen, selten auch Männer oder Kinder gezeigt, denen artig zu danken ist. Denn Politik als Laufbahn ist ein Beruf, der den Raum des Privaten zeitlich einengt und so manche private Lebensäußerung in das Licht der Öffentlichkeit zert. Bei der Ausübung von Amt und Mandat befinden sich Laufbahnpolitiker/innen unter Parteiliebenden. Wenn politische Anforderungen die Mandatstragenden ins Privatleben hinein verfolgen, werden Familienangehörige ins politische Geschäft hineingezogen. – Der bayerische Landtag hat sich vor über zehn Jahren entschlossen, die Verquickung von Familien- und Politikbetrieb, die aus vielen Gründen naheliegt, abzuwickeln. Dieser Weg war, man muss es angesichts der aufbrausenden Selbstgerechtigkeit deutlich sagen, der richtige. Wie hat es geschehen können, dass der Landtag nicht dafür gesorgt hat, Missbrauch zu unterbinden? Da wäre das zehnköpfige Landtagspräsidium dran gewesen, in dem alle Parteien vertreten sind. In Frage gekommen wäre auch der 16-köpfige Ältestenrat, der nichtöffentlich tagt. Nachdem die Informationen an die Presse geraten waren, hat sich der Ministerpräsident Seehofer, der nicht einmal dem Parlament angehört, der Sache angenommen. So sehen wir jetzt einen Ministerpräsidenten, der unter Beihilfe der Medien das Parlament zu Paaren treibt. Die Abwicklung der hergebrachten Parteifamilienbetriebe wäre eigentlich keine große Sache gewesen, die im Landtag vertretenen Parteien hat sie trotzdem überfordert.

Zähe Aufklärungsarbeit

In München hat der Prozess gegen vier mutmaßliche Mitglieder/Helfer der neonazistischen Terrorgruppe begonnen. Die Tatvorwürfe: Mord an insgesamt zehn Menschen, neun rassistisch begründet, im Fall einer Polizistin ist der Hintergrund noch unklar. Das Gericht ist alleine schon mit der Aufklärung und dem Nachweis dieser Vorwürfe stark gefordert. Dazu kommt die Erwartung nicht nur von Angehörigen der Opfer, sondern auch der Öffentlichkeit, dass ausgeleuchtet wird, warum diese Täter solange unbehelligt handeln konnten. Wie zäh diese Aufklärung läuft, zeigen die Untersuchungsausschüsse in Bund und Ländern. Im folgenden ein Bericht aus Hamburg.

Am 27. Juni 2001 wurde der Hamburger Gemüsehändler Süleyman Tasköprü vermutlich drittes Opfer der neonazistischen Terrorgruppe NSU. Die Hamburger Ermittlungen führten über die ganzen Jahre hinweg ebenso wenig zur Aufklärung der Morde wie die Ermittlungen in anderen Bundesländern. Zwar trifft zu, dass die Hamburger Behörden nicht im Fokus der Kritik und Aufklärungsarbeit stehen. Dennoch stellt sich auch für sie die Aufgabe, das Ermittlungsdesaster aufzuarbeiten und Konsequenzen zu ziehen. Einen entsprechenden Antrag hatte die Linksfraktion in die Bürgerschaft eingebracht. Die Debatte am 11.4. machte vor allem die reflexhafte Abwehr jeglicher Kritik durch CDU, FDP und Teile der SPD deutlich. Trotzdem wurde der Antrag überwiesen und am 25.4. im Innenausschuss erörtert. Der Senat – neben dem Innensenator gaben das LKA, das Landesamt für Verfassungsschutz und der Generalstaatsanwalt Auskunft – gab auf viele Fragen teilweise ausführlich, vielfach aber ausweichend Antwort. Was wurde erreicht? Sicher nicht die *öffentliche* Aufklärung und *öffentliche* Auseinandersetzung mit maßgeblichen Gründen des Ermittlungsversagens. Aber es deutete sich an, dass die Debatte über die Verfahrensweisen und Praktiken, die das Versagen begünstigten, in den Behörden ihre Spuren hinterlässt. – Wir dokumentieren die Rede von Christiane Schneider am 11.4. in der Bürgerschaft.

In wenigen Tagen wird der Prozess gegen Beate Zschäpe und vier weitere Angeklagte vor dem OLG München eröffnet. Am 4. November 2011 war bekannt geworden, dass eine neonazistische Terrorgruppe, die sich Nationalsozialistischer Untergrund nannte, in fünf Bundesländern zehn Menschen ermordet hatte, neun Migranten und die Polizistin Michèle Kiesewetter. Darüber hinaus hatte sie Sprengstoffattentate und Banküberfälle verübt.

Eine solche ungelöste Serie schwerster rassistisch motivierter Straftaten hat es in der Geschichte der Bundesrepublik bis dato nicht gegeben. 13 Jahre lang war das 1998 untergetauchte Neonazi-Trio unerkannt geblieben – so heißt es jedenfalls offiziell. Zweifel finden fast täglich neue Nahrung.

Die Aufgabe des Gerichts, die Straftaten der Nazi-Terror-Zelle aufzuklären, ist angesichts des Ermittlungsdesasters in diesen 13 Jahren und angesichts geradezu endloser Vertuschungsversuche bis hin zur Vernichtung von Akten gewaltig. Ich hoffe nicht zuletzt für die Opfer und ihre Angehörigen, dass sie gelingt.

Aber von vornherein steht fest, dass das Gericht wohl nur einen Teil der notwendigen Aufklärungsarbeit leisten wird. Es wird kaum das Staatsversagen aufklären und es wird kaum die Grauzonen ausleuchten können, in denen sich Inlandsgeheimdienste und Nazi-bandern begegnet sind. Und deshalb ist es unverzichtbar, dass alle beteiligten

Sicherheitsbehörden ihre Rolle, ihren Zustand, ihr Versagen kritisch aufarbeiten. Öffentlich aufarbeiten. Auch in Hamburg. Deshalb haben wir Linke den Antrag gestellt.

Der Hamburger DGB-Vorsitzende Uwe Grund hat es im letzten November im Gedenken an den in Hamburg ermordeten Süleyman Tasköprü sehr deutlich gesagt:

„Der demokratische Rechtsstaat hat versagt.“ Er hat Recht, auch und nicht zuletzt in Bezug auf die staatlichen Institutionen in Hamburg.

Dazu drei Punkte.

Erstens. Die Ermittlungen zum Mord an Süleyman Tasköprü waren ein Desaster.

Sie waren, das ist heute unbestreitbar, von Anfang bis Ende einseitig und damit völlig unzureichend. Die beteiligten Hamburger Behörden sind bisher die Antwort auf viele Fragen schuldig. Sie werden diese Antwort geben müssen.

Süleyman Tasköprü wurde am 27. Juni 2001 drittes Opfer der Terrorgruppe. Schnell war klar, dass die Morde mit ein und derselben Waffe verübt wurden, ebenso wie die folgenden Morde an Habil Kilic im August 2001 in München, an Mehmet Turgut im Februar 2004 in Rostock, an Ismail Yasar im Juni 2005 in Nürnberg, an Theodoros Boulgarides ebenfalls im Juni 2005 in München und an Halit Yozgat im April 2006 in Kassel.

In Großbritannien ist es Standard,

dass Polizei und Staatsanwaltschaft auf allen Stufen ihrer Ermittlungstätigkeit explizit möglichen rassistischen Tatmotiven nachgehen. In Deutschland nicht.

Die Hamburger Ermittlungsbehörden sind der Frage eines möglichen rassistischen Motivs zu keinem Zeitpunkt ernsthaft nachgegangen. Man hat mal drüber gesprochen, aber ernsthaft in Erwägung gezogen hat man dieses Tatmotiv nie.

Warum, frage ich, wurden eigentlich die Ermittlungen Ende 2002 für drei Jahre eingestellt? Obwohl die Mordserie nicht abbrach?

Warum wurde erst Anfang 2006 eine Ermittlungsgruppe eingesetzt, die dann die Ermittlungen führte?

Ihr Leiter war zugleich stellvertretender Leiter der Abteilung Organisierte Kriminalität und Leiter der Abteilung Rauschgiftermittlungen. Man erfindet bei einer Mordermittlung das Rad ja nicht jedes Mal neu. Deshalb war das Schema der neu aufgenommenen Ermittlungen durch die Besetzung der Ermittlungsgruppe 061 festgelegt. Man hat erneut intensiv ermittelt in Richtung Organisierte Kriminalität, Rauschgift und ähnliche Bereiche. In dieser Beziehung hat man nichts unversucht gelassen, sogar einen Geisterbeschwörer hat man aus dem Iran kommen lassen und seine „Kontaktaufnahme“ mit dem Toten dokumentiert.

Nureins hat man nicht getan: man hat nicht in Richtung eines rassistischen, neonazistischen Tatmotivs ermittelt.

Mehr noch: Die Hamburger Ermittler haben im Rahmen der Besonderen Aufbauorganisation „Bosporus“ am hartnäckigsten dagegen opponiert, dass den Hinweisen eines Profilers ernstlich nachgegangen wird. Der Münchner Kriminalbeamte Horn hatte u.a. auf ein mögliches rechtsextremistisches Tatmotiv hingewiesen, die Hamburger wollten das nicht wahrhaben.

Warum nicht?

Auch diese Frage muss beantwortet werden.

Die Rolle des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz ist ebenfalls kläglich. Ein einziges Mal, Mitte 2006, hat die Ermittlungsgruppe tatsächlich den Verfassungsschutz konsultiert. Der aber wusste von der Mordserie nur aus der Zeitung und konnte auf die Frage, ob es Erkenntnisse u.a. in Richtung Rechtsextremismus, Neonazismus gebe, keine Antwort geben, 2006 nicht und später auch nicht. Von ihm kam bis zum Schluss kein einziger Hinweis, auch nicht, als aus der Nazi-ecke öffentliche oder halböffentliche

Beifallsbekundungen für die Mordserie kamen.

Ist eigentlich niemand auf die Idee gekommen, dass sich die Adressaten des Briefs an eine Hamburger Moschee, in dem die Morde ausdrücklich begrüßt wurden, direkt bedroht fühlen mussten?

Damit bin ich bei zweitens: der völligen Unterschätzung des Neonazismus und der von ihm ausgehenden Gefahr auch bei den Hamburger Behörden.

Der Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz weist für 2000 aus, dass Hamburg bei rechtsextremistischen Straftaten im Verhältnis zur Einwohnerzahl auf Platz vier bundesweit geklettert ist. Schon in den 1990ern war eine sprunghafte Zunahme rechtsextremistischer Gewalttaten zu verzeichnen. 2000 stieg die Zahl noch einmal um 42,1% an. In Hamburg nahmen die rechtsextremistischen Gewalttaten weiter zu, im Jahr 2005 sogar um 64,7%.

Als im September 2000 Enver Simsek als erster Opfer der Mordserie wurde, waren in Deutschland seit der Wiedervereinigung bereits 105 Menschen aus rassistischen oder ähnlich menschenfeindlichen Gründen ermordet worden: erschlagen, erschossen, verbrannt.

Gab all das niemandem zu denken? Wie war es möglich, dass all diese Tatsachen bei der Suche nach Tatmotiven keine Rolle spielten?

Ich habe schon früher darauf verwiesen, dass im Hamburger und auch im Bundes-Verfassungsschutzbericht 2000 auf die Gefahr rechtsterroristischer Bestrebungen hingewiesen wurde. Im Jahr darauf wurde jedoch Entwarnung gegeben. Obwohl 2001 schon klar war, dass es eine Mordserie gab, der Migranten zum Opfer fielen. Ich habe auf die Verstrickung von Nazis

aus Hamburg und Umgebung in die Blood&Honour-Strukturen hingewiesen usw. usw.

Ich frage deshalb:

Wie konnten die Hamburger Sicherheitsbehörden die Gewalttätigkeit des Neonazismus so dramatisch unterschätzen? Diese Frage muss beantwortet werden.

Drittens. Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat kurz nach dem Aufliegen der NSU-Zelle gefordert:

„Die Aufklärung etwaiger Fehler bei der Strafverfolgung der ‚Zwickauer Zelle‘ muss sich auch darauf erstrecken, ob rassistische Einstellungen in Verfassungsschutz und Polizeibehörden zu den Versäumnissen beigetragen haben.“

Abgesehen davon, dass wir heute wissen, dass es keineswegs nur um Versäumnisse geht, die verschiedene Sicherheitsbehörden zu verantworten haben: Die Forderung, den Einfluss möglicher rassistischer Denk- und Handlungsmuster auf den Ermittlungsgang aufzuklären, ist nach wie vor aktuell, auch in Hamburg.

In der öffentlichen Sitzung des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestags am 14. Juni 2012 hat der Leiter der Hamburger Ermittlungsgruppe gesagt, dass man Süleyman Tasköprü im LKA immer als „ganz normalen türkischen Mann“ bezeichnet habe. Und welche Eigenschaften man im LKA einem „ganz normalen türkischen Mann“ zuschreibt, hat er ausgeführt: leidenschaftlich, energisch, dominant, kriminell.

Dieses rassistisch geprägte Bild eines „ganz normalen türkischen Mannes“ hat die Ermittlungen maßgeblich geleitet, und zwar weit weg von den Tätern – im Fall von Süleyman Tasköprü ebenso wie in den anderen Fällen der

ermordeten Migranten.

Die Angehörigen der Opfer haben das zu spüren bekommen, sie haben traumatisierende Erfahrungen gemacht. Sie wurden selbst verdächtigt – natürlich müssen Ermittler allen möglichen Motiven nachgehen –, aber sie wurden dabei diskriminiert, isoliert und auf eine rohe Weise behandelt, die fassungslos macht.

Der Vater von Süleyman Tasköprü hielt den Kopf seines ermordeten Sohnes auf dem Schoß, als die Polizei am Tatort eintraf. Der Vater wurde mitgenommen, stundenlang verhört und beschuldigt, seinen Sohn getötet zu haben. Das Unfassbare ist, dass seine Tochter, die gerade ihren Bruder auf schreckliche Weise verloren hatte, ebenfalls mitgenommen wurde und die Vernehmung ihres eigenen Vaters, der des Mordes an seinem Sohn beschuldigt wurde, übersetzen musste.¹⁾

Wie ist so etwas möglich?

Der Respekt vor den Opfern und ihren Angehörigen gebietet es, aber auch der demokratische Rechtsstaat, dass die Sicherheitsbehörden ihre Rolle im Zusammenhang der rassistischen Mordserie gründlich und selbstkritisch reflektieren. Die Angehörigen, die Communities der Migrantinnen und Migranten und die Öffentlichkeit insgesamt haben ein Recht darauf, dass alles aufgearbeitet wird und dass über die Aufarbeitung sowie die daraus gezogenen Schlussfolgerungen in aller Öffentlichkeit berichtet wird. Damit sich so etwas nie wiederholt.

1) Diese Information stammt von der Familie des Opfers. In der Sitzung des Innenausschusses erklärte der Generalstaatsanwalt, dass aus den Akten hervorgehe, dass die Vernehmung des Vaters durch eine Dolmetscherin übersetzt worden sei.

Euro-, Banken-, Finanz-, Staatsschuldenkrise – und die vermeintlich einfachen Ein-Punkt-Antworten, also Nicht-Lösungen

Indem Maße, wie die – je nach Blickwinkel – verschiedenen Krisenentwicklungen sich hinziehen, die Konjunkturaussichten für den gesamten EU-Raum in den nächsten Monaten erwartungsgemäß erstmal eher schwach aussehen, vor allem aber mit dem Herannahen der Bundestagswahlen, kommt auf einigen politischen und wirtschaftspolitischen Bühnen Hektik auf.

Die AfD („Alternative für Deutschland“, eine Partei des „verrohenden, nach unten tretenden national-chauvinistischen Mittelstandes“, wie sie in

den Antifaschistischen Nachrichten (Nr. 9, 2.5.2013) genannt werden) feiert ihren ersten veritablen von der FPD in Hessen übergelaufenen Landtagsabgeordneten, nachdem vorher schon hunderte von CDU-Mitgliedern ihre neue Heimat in der AfD verortet haben. Prof. Hans-Werner-Sinn (u.a. Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung), schon immer gut für flotte Sprüche wie alles anders ganz einfach geht, Unterzeichner von nicht wenigen Aufrufen selbsternannter deutscher Weltökonom gegen Euro

und Europa mag sich an AfD derzeit erstmal nicht beteiligen. Am 6.5.2013 gibt er der „Welt“ dafür zu Interview: „Dass ein Politiker an die Wiederwahl denkt, ist nicht grundsätzlich falsch. Das Problem ist nur, dass die häufigen Wahlen in Deutschland kurzfristigen Populismus zu stark belohnen und die Politik zu taktischen Manövern veranlassen.“ (Nur am Rand: auch hier hat der Professor gleich eine Lösung: weniger Wahlen.) Das Ganze erscheint unter der Sinn-Aussage als Überschrift: „Deutschland kann auch ohne

den Euro existieren“ und als Untertext: „Top-Ökonom Hans-Werner Sinn hält die meisten politischen Entscheidungen in der Euro-Krise für falsch. Er sagt: Griechenland wäre lange über den Berg – wenn es im Frühjahr 2010 pleitegegangen wäre.“ (Die Welt, 6.5.2013). In diesem Interview gibt Sinn eine neue Variante seiner Anti-Euro-Vorschläge zum Besten, den gewissermaßen mehr heilbädergleichen, nur vorübergehenden Austritt: Defizitländer sollten aus der Währungsunion austreten, in die alte Währung abwerten und könnten dann demnächst ja wieder beitreten. Zu Deutschland aber – vermögenssichernd und entgegen der Überschrift – der gleiche Sinn: „Allerdings sollte Deutschland den Euro aus politischen Gründen nicht verlassen, weil der Euro ein zentrales europäisches Integrationsprojekt ist, und auch, um nicht die Auslandsforderungen unserer Banken und Versicherungen, nicht zuletzt die alten Target-Forderungen der Bundesbank, zu entwerten.“ Die Beliebtheit, Unklarheit und bewusste Widersprüchlichkeit dieser Vorschläge allein auf einer halben Seite Interview dokumentiert die Verantwortungslosigkeit dieser Sorte nationaler deutscher Anti-Euro-Ökonomen – einige von Ihnen wie Lucke (Hamburg) und Starbatty (Tübingen) auch an führender Stelle der AfD.

Im Umfeld der Linken ist Werner Flassbeck (Direktor bei der Unctad in Genf, 1998/99 Staatssekretär unter Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine) seit Spätsommer 2012 mit der Information unterwegs: er sei jetzt zu dem Ergebnis gekommen, dass die Währungsunion sich nicht halten ließe wegen der wirtschaftlichen Ungleichgewichte. (Unter seinem Blog „flassbeck-economics“, online: <http://www.flassbeck-economics.de/die-eurokrise-oder-warum-die-ökonom-die-krise-nicht-verstehen-können-wollen/> ist der Vortrag mit Folien dokumentiert, mit dem Flassbeck auf Veranstaltungen zur Euro-Krise referiert. Überschrift im Blog zum Vortrag: „Die Eurokrise – oder: Warum die Ökonomen die Krise nicht verstehen können (wollen)“) Flassbeck begründet folienreich die Handelsbilanzüberschüsse und -defizite allein aus der unterschiedlichen Lohnentwicklung und den daraus folgenden unterschiedlichen Inflationsraten. Auf einer dieser Veranstaltungen in Stuttgart im November 2012 mit rd. 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, organisiert vom Landesverband die Linke Baden-Württemberg, kritisierten Mitglieder der Linken und Vertreter der IG-Metall diese Analyse und ihre Konsequenzen als einseitig und unzureichend. Gegenargumente waren u.a.: es könne doch nicht sein, dass ausgerechnet die Linke heute die Theorie

übernimmt, nur die Löhne bestimmten die Inflationsrate. Der Arbeitsmarkt in Deutschland sei gespalten. Es bestünden verschiedene, abgekapselte Lohn- und Lebensstandards nebeneinander, es gibt gleichzeitig Prekariat und z.B. die Löhne in der Metallindustrie. Uwe Meinhardt, erster Bevollmächtigter der IG Metall Stuttgart, erläuterte an Beispielen mit Zahlen: gerade in den Branchen, in denen erhebliche Teile der Exportüberschüsse erwirtschaftet würden, z.B. in der Automobilindustrie und im Maschinenbau, könne man unmöglich davon sprechen, dass das Lohnniveau unter dem der Kolleginnen und Kollegen z.B. in Italien oder Spanien läge oder weniger gestiegen sei als dort, ganz im Gegenteil. Von mehreren Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde ausgeführt, dass man die Unterschiede in der Produktivität betrachten müsse und da seien durchschnittliche Lohn- und Lohnstückkosten nur ein Informationsfaktor. Zu einem Ausgleichsprozess zwischen den Ländern im Euro-Raum, in der EU und in Europa gehöre also auch z.B. die Angleichung in den Standards öffentlicher Güter und öffentlicher Verwaltung.

Die derzeitige Diskussion in der Linken (s. z.B. die Artikelserie im ND – Links zur Euro-Debatte in der Linken online unter: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/820418.zur-euro-debatte-der-linken-ein-paar-links.html>) muss in dieser Situation mit der Schwierigkeit umgehen, dass es eine konsistente Europapolitik und -konzeption der Linken noch nicht gibt, aber immerhin feste Angel- und Fixpunkte in der Vergangenheit und auch im Bundestagswahlprogramm 2013. Das ermöglichte auch den beiden Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger eine schnelle und klare Positionierung gegen „Euro-Ausstieg“ und AfD. Die Lösung kann aber ja nur sein, das was fehlt, zu entwickeln. Dass Oskar Lafontaine jetzt etwas kurzfristig, auch etwas hektisch und nach der Erarbeitung des Bundestagswahlprogrammes, ohne vorherige Diskussion die Position seines ehemaligen Staatssekretärs Flassbeck auch auf den Tisch legt – mit der er, wie nachzulesen ist, aber auch schon immer mal geliebäugelt hatte – und dass Sahra Wagenknechts erste Einlassung auf die AfD ziemlich verunglückt war, von ihr inzwischen aber auch wieder korrigiert wurde – das sollte weniger als Beunruhigung und mehr als weiterer Stoff zur Klärung betrachtet werden. Die Linke hat kein Problem personalisierter Stimmungsdebatten in Sachfragen à la „für oder gegen diese/n oder jene/n und seine/n Standpunkt“, sondern sie hat zu viele weiße Flecken in ihrer Europapolitik, die es gemeinsam zu bearbeiten gilt.

Dennoch, „weiße Flecken“, Unklar-

heiten, Komplexität der Sache hin oder her – erstaunlich ist es schon, dass der einfache Einwurf: „dann eben keine Euro-Währungsunion“ oder „eine geteilte“ oder „den Austritt dieses oder jenen Landes“, egal aus welcher Richtung er kommt, immer wieder für gewisse Verblüffung und (meist vorübergehende) wohlwollende Bedenklichkeiten auch in Reihen der Linken gut ist. Dabei liegt doch eigentlich relativ deutlich auf der Hand:

Der Austritt eines Landes oder mehrerer Ländern aus der Euro-Währungsunion löst keines der aktuellen realen Probleme. Natürlich kann man lange theoretisieren, was wäre, wenn Griechenland der Währungsunion nicht beigetreten wäre. Nun ist es aber beigetreten und zwar auf Wunsch vieler europäischer Staaten und unter der Verantwortung der Staaten der Währungsunion, ihrer Mechanismen und Institutionen. Jetzt aber haben wir: eine enorme Staatsverschuldung, wirtschaftliches Ungleichgewicht und Handelsbilanzdefizit zu den anderen Ländern, die Notwendigkeit ökonomischen Ausgleichs zwischen den Euro- und auch zwischen den EU-Ländern, die Notwendigkeit des Ausgleichs im Standard der öffentlichen Verwaltung und der Produktion öffentlicher Güter und natürlich auch nach wie vor die Notwendigkeit der Neuregulierung des europäischen Bankensektors, wovon derzeit kaum noch jemand spricht. Was nützt da ein Austritt eines oder mehrerer Länder aus der Währungsunion? Gar nichts. Eher würden alle bestehenden Probleme noch drückender.

Alle Vorschläge des „Euro-Austritts“ haben eine erhebliche und bei den meisten Autoren dieser Vorschläge auch bewusst in Kauf genommene unredliche Schlagseite. Sie verschweigen etwas. Sie verschweigen die Staatsschulden. Was passiert mit den Auslandsschulden? Na, die werden dann doch weniger durch die Abwertung, möchte man sich glauben machen, obwohl er es besser weiß. Natürlich bleiben die Schulden in ausländischer Währung – also Euro oder Dollar – bestehen und können nicht in beliebig druckbarer eigener neuer/alter Währung zurückgezahlt werden. Mit Abwertung der neuen eigenen Währung werden also die Schulden in Wirklichkeit aufgewertet, also noch größer. Kein Land wird die Währungsunion verlassen und seine Schulden in Euro mitnehmen, das wäre der endgültige wirtschaftliche Selbstmord. Was also unsere overschlauen Ratgeber des „Euro-Austritts“ vorschlagen ist in Wirklichkeit der gewollte Staatsbankrott und dann in dessen Folge der Austritt aus der Währungsunion. Wie das funktioniert, kann man an der Entwicklung in Argentinien 1998/2002 studieren. Die Schulden können nicht mehr bezahlt

werden, das Land setzt die Zahlung aus, tritt aus dem Währungsverbund aus (im Falle Argentinien war es vergleichbar die Eins-zu-Eins-Koppelung an den Dollar) kehrt zu seiner alten Währung zurück, richtet sich auf mehrere Jahre noch größere Austerität ein und muss u.a. jedes Investitionsgut, das importiert werden muss, noch viel teurer bezahlen als vorher und jede Einheit „Restschuld“ auch. Und dann wird aus dieser Situation heraus alles neu verhandelt mit dem Rest der Welt, den europäischen Staaten und natürlich mit Deutschland!

Die Euro-Austrittsvorschläge sind außerdem und mit guten Gründen extrem vage in der Umsetzung. Was soll genau werden, wer soll austreten, wer soll vielleicht eine neue Währungsunion bilden – oder mehrere Währungsunionen, in denen es natürlich auch wieder wachsende Ungleichheiten gibt? Und: was hätte man den gerne für ein Wechselkurssystem?

Oskar Lafontaine betont, der Unterschied zwischen seinem Vorschlag und dem der AfD bestünde darin, dass bei der AfD der Markt die frei flexiblen Wechselkurse bestimmt, er aber wolle so was wie das ehemalige EWS (Europäisches Währungssystem) (<http://www.oskar-lafontaine.de/links-wirkt/details/f/1/t/wir-brauchen-wieder-ein-europaeisches-waehrungssystem/>) mit bekanntlich stufenflexiblen Wechselkursen, bei denen die Kurse mit geringer Bandbreite um vereinbarte Währungskurs-Richtwerte schwanken. Nur leider vergisst Oskar Lafontaine darüber aufzuklären, dass diese Richtwerte von Staaten bzw. Staatsbanken festgelegt werden und vor allem: sie müssen durch klassisch marktwirtschaftliche Maßnahmen gehalten werden. Währungskurse können nicht einfach staatlich „beschlossen“ werden nach dem Motto „mehr Staat, weniger Markt“. Die von Abwertung bedrohten Staaten müssen vielmehr Ihre Währung aus dem Währungsmarkt „rauskaufen“. Das müssen sie mit Devisen (also Fremdwährung, also Euro oder Dollar) tun. Die haben sie dann aber in der Regel nicht, also müssen sie sich diese Devisen leihen und zwar beim EWS und dazu wird in einem solchen EWS ein zentraler Fonds gebildet, in den alle beteiligten Länder Devisen einlegen müssen.

Man sieht also gleich, auch ein solches EWS beruht auf Kooperation, Mindestvertrauen und Ausgleichsmechanismen zwischen den Staaten. Das also soll dann gleich aufgebaut werden, nachdem das betroffene Land vorher in den Staatsbankrott geschickt wurde? Diese Vorschläge – egal von wem sie kommen – sind nicht wirklich über-, geschweige denn durchdacht. Warum werden sie dann gemacht? Offensichtlich, weil ihr Zweck nicht die reale

Lösung realer Probleme ist, sondern eher die öffentlichkeitswirksame Effekthascherei.

Was auch noch gerne in den Austrittsvorschlägen vergessen wird: wie verhält sich denn ein aktueller Austritt aus der EU-Währungsunion zur Mitgliedschaft in der EU? Wer solche Vorschläge als Problemlösung lanciert, der sollte darüber nachdenken, dass auch die EU-Gemeinschaft Beistandsverpflichtungen gegenüber ihren Mitgliedern hat.

Und schließlich: wie soll das denn gehen, mit anderen in das „Tretet-doch-aus“- „Geht-doch-in-den-Staatsbankrott“-Horn blasen und dann andere Ländern und linke Bündnisse in diesen Ländern wie Griechenland und dort Syriza in ihrem Kampf gegen Krisenpolitik und deutsche Wirtschaftsdiktate unterstützen wollen. Die Mehrheit der griechischen Bevölkerung will keinen Austritt aus der Euro-Währungsunion und Syriza will es auch nicht. Mit guten Gründen.

Die europäische Integration ist ein realer und krisenhafter Prozess, dessen tatsächliche Verlaufsformen und politische und wirtschaftliche Ausgestaltung das Resultat von Konkurrenz, Konflikt aber auch Kooperation der beteiligten Staaten und der Politik der gesellschaftlichen Kräfte, der politischen Interessen und auch der Parteien in diesen Ländern ist. (Ein aktuelles Beispiel solcher Verlaufsformen wäre z.B. die Kursänderung der Europäischen Kommission in der Verlängerung des Zeitlimits für Reformmaßnahmen in Frankreich und in der Folge voraussichtlich auch in anderen Ländern.)

Immer gab und gibt es in diesem Prozess die beiden divergierenden Tendenzen der Integration a) durch Vorherrschaft und Dominanz oder b) durch und mit Kooperation, Ausgleich, Respektierung der beteiligten Interessen und durchaus auch mit Demokratie. Eines sollte dabei auf keinen Fall vergessen werden, viele Entwicklungen der europäischen Integration waren Gegenmaßnahmen der anderen europäischen Staaten, das Wiedererstarken Deutschlands und deutsche Vorherrschaft einzudämmen, z.B. die Montanunion oder eben die Einführung des Euro.

(Siehe dazu auch: Sommerschule 2011, aus der AG Internationales, Rundschreiben der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung Nr. 8, S. 4-28, online: <http://www.die-linke.de/partei/zusammenschluesse/argekonkretedemokratiesozialebefreiung/>)

In diesem realen Bezugsrahmen arbeitet die Linke de facto – oft unkoordiniert, aber immerhin – an dem, was Harald Pätzoldt aufmunternd und nach vorne gerichtet den besseren „Plan B für Europa“ nennt.

Christoph Cornides

Kurzanalyse der AfD

Dr. Harald Pätzoldt, 22.4.2013

Fakten

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist eine von vielen sogenannten „Kleinen Parteien“ in Deutschland. Sonennt man Parteien, die bei Landtags- oder Bundestagswahlen bislang die Fünf-Prozent-Hürde deutlich verfehlen.

Die AfD wurde am 6. Februar 2013 gegründet und hielt am 14. April 2013 ihren Gründungsparteitag ab. Sie verfügt über ca. 8 000 Mitglieder. Die Partei hat bereits einige Landesverbände gegründet. Ihr Hauptthema ist ihre Ablehnung der gemeinsamen europäischen Währung, des Euro. Sie kann daher als eine Ein-Punkt-Partei bezeichnet werden.

Anders als alle Parteineugründungen in jüngster Zeit, WASG, Die Linke und Piraten ausgenommen, kann die AfD einen Gründungserfolg verzeichnen. Sie kann Spendengelder, Mitglieder, Führungspersonal akquirieren und sich parteiförmig organisieren. Vor allem aber gelingt es ihr, Aufmerksamkeit in den Medien zu erringen. Man kann von einem Medienhype sprechen, die großen Massenmedien wollen dieser Partei Aufmerksamkeit verschaffen. Das dürfte auch an der Tristesse liegen, die den Bundestagswahlkampf prägt, seitdem Angela Merkel beschlossen hat, die Wählerschaft dadurch zu demobilisieren, dass die Union der SPD wirklich jedes Thema wegnimmt, was zur Konfrontation, einem „Lagerwahlkampf“, also zur Mobilisierung taugen könnte.

Bei der Landtagswahl in Niedersachsen Anfang 2013 trat mit der „Wahlalternative 2013“ eine Gruppierung an, die personell weitgehend identisch mit dem Kreis jener politischen Unternehmer ist, die heute die AfD führen und unterstützen. Gemeinsam mit den Freien Wählern erreichte man 1,1%, seitdem weiß man in der CDU und in der FDP, dass diese Gruppierung leicht eine knappe Mehrheit bei Wahlen kosten kann. Allein die Drohung politischen Erfolgs zwingt diese Parteien zu Reaktionen. Warnungen an die Wählerschaft, Drohungen, Bagatellisierungen, Herabsetzungen des Personals werden bemüht, um die Gefahr klein zu machen.

Der nicht ungewöhnliche Versuch, die Freien Wähler gewissermaßen als Wirtspartei zu benutzen, wurde nach der Niedersachsenwahl rasch aufgegeben. Nach der Gründung als selbstständige Partei stehen nun ein entscheidender Schritt bevor: Die Teilnahme an der bayerischen sowie der hessischen Landtagswahl und an der Bundestagswahl im September 2013.

Das Programm

In ihrer Selbstdarstellung liest sich das so:

„Deutschland ist reif für die Alternative!“

- Jedes Volk muss **demokratisch** über seine Währung entscheiden dürfen.
- Wir fordern eine geordnete **Auflösung** des aktuellen Euro-Währungsgebietes.
- Wir bejahen ein Europa **souveräner** Staaten mit einem gemeinsamen Binnenmarkt.
- Eine **Transferunion** oder gar einen zentralisierten Europastaat lehnen wir entschieden ab.
- Wir wollen **Volksabstimmungen** nach dem Schweizer Vorbild einführen.
- Eine **Demokratie** muss auch unkonventionelle Meinungen aushalten.
- Wir fordern eine drastische Vereinfachung des **Steuerrechts**.
- Die Schulden der **Eurokrise** dürfen nicht zu einer Rente nach Kassenlage führen.
- Deutschland muss **kinder-** und familienfreundlicher werden.
- Wir fordern bundesweit einheitliche **Bildungsstandards**.
- Wir fordern ein nachhaltiges Energiekonzept für **bezahlbare** Energie.
- Wir fordern ein **Einwanderungsgesetz** nach kanadischem Vorbild.“

Zum Charakter der AfD

Ein Gedankenexperiment: Nehmen wir einmal an, die AfD hätte ihre Ziele erreicht. Wir würden in einem Europa der Nationalstaaten leben, wie es vor der Euro-Einführung bestand. Deutschland wäre ein bürgerlicher Staat, der Familien, Kinder und Bildung staatlich stärker fördern würde. Er würde steuerpolitisch wie ein „guter Haushalt“ funktionieren, also sparsam und schuldenfrei. Es wäre ein *nationaler* Staat, der ein liberales Asylrecht hätte und eine qualitätsvolle, also Deutschland nützliche Zuwanderung. Und es wäre ein *bürgerlicher* Staat mit mehr Mitsprache der Bürger, der Bürgerstand, nicht Parteien und Politik, soll entscheiden.

Dies kann man nur als eine *rückwärts gewandte Utopie* bezeichnen. Es schwingt darin die verklarte Erinnerung an „bessere Zeiten“ mit. Nun haben Utopien stets nur den einen Zweck, nämlich Kritiken der gegenwärtigen Gesellschaft zu sein. Nie sind sie ernsthaft gemeinte Entwürfe gewesen. Das Programm der AfD ist es auch nicht. Es ist, das macht die Schlichtheit des Forderungskatalogs ganz klar, bloße *Protestation* (Missfallensbekundung, Protest).

Gerade die Tatsache, dass keine differenzierte Kritik der Politik vorliegt (was anders bei der Ansammlung von professoralem Personal ein Leichtes gewesen wäre), sondern die Kritik global, allgemein bleibt, spricht dafür, dass

sich hier auch weniger konkrete Interessen und Sorgen, gar Ängste bestimmter sozialer Gruppen artikulieren. Es sind eher Ängste apokalyptischer Art, der Untergang von Vertrautem, Überschaubarem, der eigenen bürgerlichen, nationalen, staatlichen Welt und Ordnung wird sorgenvoll antizipiert, wenn der Euro und wenn Europa scheitern. Darum handelt es sich bei der AfD nicht um eine Interessenspartei, sondern um parteiförmigen *politischen Expressionismus* (Ausdruck).

Das bedeutet, diese Partei ist *nicht* angetreten, ihre Ziele durchzusetzen. Sie will ein *tiefes kulturelles Unbehagen* öffentlich ausdrücken und in die politische Arena tragen. Die führenden Akteure, die politischen Unternehmer dieses Projekts sind gewiss auch Wohlstandschauvinisten. Aber sie haben, dem gehobenen Bürgertum zuzuordnen, für sich selbst mit Sicherheit längst materiell vorgesorgt, Immobilien erworben, ihre Spareinlagen gesplittet und auf die Familie verteilt. In der Krise wirklich alles verlieren zu können – diese Sorge ist es nicht, die sie treibt.

Anders steht es da schon mit dem in Umfragen ausgemachten großen Potential dieser Partei. Die unzufriedene untere Mittelklasse plagt ganz reale Verlustängste, es droht immer der Absturz ohne Wiederkehr. Von den „Modernisierungsverlierern“, die längst nicht einmal mehr Hoffnungen zu verlieren haben, ganz zu schweigen. Und erst damit haben wir eine möglicherweise explosive Mischung beisammen. Gelänge es der AfD, dem einen kohärenten und organisatorischen Ausdruck zu geben, was sonst unvollständige, fragmentarische Überzeugungen, Werte und Erfahrungen von Mitgliedern verschiedener sozialer Gruppen wäre, dann wäre das ein kultureller Bruch, eine Linie, entlang derer sich Protest und Widerstand gegen die herrschende Politik und deren Repräsentanten und Parteien formieren könnten.

Ein gewisses Potential dafür scheint gegeben, wirtschaftliche Verunsicherungen und kulturelle Verluste, besonders von Zusammenhalt, Sinn und Gemeinschaft, Orientierung suchen nach adäquaten und lauten Ausdrucksformen. Sie machen zugleich aber auch offen für populistische Schuldzuweisungen und einfache Lösungen. Da tummeln sich dann gern und leicht rechtsextreme Brandstifter. Eine rechtskonservative Partei ist das heute nicht. Ob sie eher seriös konservative Mitte sein wird oder nach rechts abdriftet, das wird sich rasch herausmehren.

Chancen

Die hohe Ungewissheit über die Entwicklungen im krisengebeutelten Europa macht es schwer, über die Wahlaussichten der AfD zu urteilen. Entscheidungen der EZB können Legitimationsprobleme verschärfen, Problemzuspitzungen in Zypern, Slowenien oder anderswo, Frankreich rutscht in die Krise, können weitere Fragen aufwerfen, die Konjunktur, der Weltmarkt... Deutschlands Stabilität ist trügerisch. Die Drohung des Super-Gaus ist im politischen Raum präsent. Und die Deutung der Euro-Krise, die Frage, ob das sogenannte *Muddling Through* (Sich-Durchwursteln) die richtige Strategie für Europa ist, könnte noch zum Megathema des Wahlkampfes werden. Die dahinter liegende Frage, ob es mehr oder weniger Europa sein soll, ist es bereits durch die AfD geworden.

Käme die AfD in den Bundestag, dann ließe sich heute bereits vorher-sagen, dass die Union mit ihrer traditionellen Strategie, nichts an ihrem rechten Rand zuzulassen, diese Partei vereinnahmen würde. Die AfD hätte freilich auch nur die Union als theoretische Partnerin, seit der FDP klassischer Liberalismus abhandengekommen ist.

Und Die Linke?

Die Linke sollte die Protestation, die kulturelle Verunsicherung von Teilen der deutschen Eliten und der unteren Mittelklasse ernst nehmen. Zumindest in letzterer finden sich bislang viele Wählerinnen und Wähler der Linken. Sie sollte sehr deutlich machen, dass Protest nicht reicht. Aber in der Stärke wäre hinter diesen Ausdruck von Europaskepsis nicht einfach zurück zu bleiben. Und wenn konkrete Lösungen vorgeschlagen werden, dann sollten sie geeignet sein, die Verunsicherungen und Ängste auch in der linken Wählerschaft abzubauen. Dabei wäre es sicher nicht die Radikalität des AfD-Programms und dessen Kosten, die von uns zu kritisieren wären. Unser Programm ist nicht weniger radikal und expansiv. Wir sollten es populärer, als besseren „Plan B für Europa“, unter die Leute bringen.

Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre ...

Institut	Allensbach	Emnid	Forsa	Forsch'gr. Wahlen	GMS
Veröffentl.	17.04.2013	05.05.2013	07.05.2013	26.04.2013	16.04.2013
CDU/CSU	38,5 %	37 %	39 %	40 %	42 %
SPD	28,0 %	27 %	24 %	28 %	24 %
GRÜNE	15,0 %	15 %	15 %	14 %	13 %
FDP	5,0 %	5 %	4 %	4 %	6 %
DIE LINKE	7,0 %	7 %	8 %	6 %	8 %
PIRATEN	3,0 %	4 %	2 %	–	2 %
AFD	–	2 %	3 %	3 %	–
Sonstige	3,5 %	3 %	5 %	5 %	5 %

www.wahlrecht.de

Türkei: Gewerkschafter aus der Haft entlassen

Am Ende herrschte großer Jubel, doch der Weg dahin war steinig. Nach fast acht Stunden Verhandlung, entschieden die Richter der 13. Großen Strafkammer des Ankaraer Gerichts für schwere Straftaten, dass alle 22 Angeklagten der Konföderation der Gewerkschaften des öffentlichen Dienst, (Kamu Emekcileri Sendikaları Konfederasyonu, KESK) aus der U-Haft entlassen werden. Nach fast 300 Tagen



in Haft war die Erleichterung groß. Angehörige, Gewerkschaftsmitglieder und Unterstützer fielen sich in die Arme und teilten sich ihren Jubel mit hunderten Gewerkschaftsanhängern, die den ganzen Tag über vor dem Gericht auf den Ausgang des Prozesses gewartet hatten.

Es war einer der größten Prozesse gegen eine Gewerkschaft in der jüngeren Geschichte der Türkei. Am 25. Juni letzten Jahres wurden insgesamt 72 Mitglieder und Funktionäre von KESK, darunter der Vorsitzende Lami Özgen, festgenommen. Der Vorwurf: sie hätten mit einer geheimen Gruppe innerhalb der Gewerkschaft für die „terroristische“ kurdische PKK-Guerilla gearbeitet. Die KESK ist dem türkischen Staat seit Jahren ein Dorn im Auge, weil sie als linke Gewerkschaft sich immer auch für die Rechte der kurdischen Minderheit eingesetzt hat. So hat die größte Einzelgewerkschaft innerhalb von KESK, die Lehrergewerkschaft „Egitim Sen“, schon sehr früh muttersprachlichen Unterricht in Kurdisch gefordert.

Während einige Festgenommene, darunter auch Lami Özgen, nach massiven Protesten bald wieder auf freien Fuß kamen, blieben zuletzt 22 Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen bis zum Prozess am 10. April in Haft. Fast 300 Tage mussten sie warten, um sich dann am Mittwoch endlich gegen den absurden Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verteidigen zu können. Zu ihrer Unterstützung am Prozesstag waren Gewerkschafter aus ganz Europa angereist. Von Skandinavien bis Zypern waren fast alle europäischen Länder

vertreten, aus Deutschland kamen der Verdi-Vertreter Rolf Wiegand und drei Vertreter der GEW, darunter auch der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne, nach Ankara. Am Morgen hatten sich bereits hunderte Unterstützer vor dem Gericht zu einer Demonstration versammelt. Vom Wagen der Demoleitung konnten dann auch die internationalen Vertreter ihre Grüße und Solidaritätserklärungen anbringen. Alle forderten unisono, die sofortige Freilassung der inhaftierten KESK Leute.

Quelle: <http://www.verdi.de>, 10.4.2013

Manchester Flughafen: Streik des Reinigungspersonals

Das Manchester-Airport-Reinigungspersonal arbeitet für Mitie, eines der größten Reinigungsunternehmen in Großbritannien. Am 3. Mai ist ein Teil der Beschäftigten in einen 24-Stunden-Streik getreten, um sich gegen einen Angriff von Mitie auf ihre Arbeitsbedingungen und Konditionen abzuwehren. Die schlecht bezahlten Reinigungskräfte, verantwortlich für die Reinigung des Manchester Airport, sind verärgert über die Pläne des Unternehmens, ihre bezahlte Mittagspause um eine halbe Stunde zu kürzen, real entspricht dies einem Verlust von 69,50 Pfund (82 Euro) pro Monat. Vor der Aktion sagte Offizier Dave Kennedy, Regionalbeauftragter der Gewerkschaft „Unite“: „Niedriglohn-Reiniger, die so schwer arbeiten, um den Airport für die Reisenden sauber zu halten, können es sich nicht leisten können, fast 70 Pfund pro Monat zu verlieren. ‚Unite‘ hat versucht, diesen Streit beizulegen, doch das Unternehmen ist noch nicht bereit, die Anliegen ihrer treuen Belegschaft ernst zu nehmen. Streik ist immer ein letztes Mittel, aber unsere Mitglieder haben genug – sie sind entschlossen, diesen Angriff auf ihre Lebensgrundlagen zu stoppen. Wir fordern das Mitie Management-Team auf, wieder an den Verhandlungstisch zu kommen, um ein Ergebnis zu erreichen“, so der Vertreter von Unite.

Quelle: <http://www.uniglobalunion.org>, 2.5.2013

Schweiz: Klage wegen Streikrechts bei der ILO

Das Streikrecht steht als Grundrecht in der schweizerischen Bundesverfassung. Dennoch ist es nach Schweizer Recht möglich, Streikende zu entlassen. So geschehen beim Streik des Personals des Neuenburger Spitals La Providence. Das Streikrecht steht aber nicht nur in der Bundesverfassung – die Schweiz hat zwei Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO bzw. International Labor Organization) über die Gewerkschaftsrechte ratifiziert und sich verpflichtet, diese Konventionen einzuhalten. Der Vpod

(Schweizerische Verband des Personals öffentlicher Dienste) hat deshalb eine Klage gegen die Schweiz am Sitz der ILO in Genf eingereicht.

Die Schweiz ist seit 1920 Mitglied der ILO und zudem der offizielle Sitz dieser Weltorganisation. Die Schweiz hat die grundlegenden Konventionen der ILO ratifiziert und damit die Umsetzung dieser Konventionen garantiert. Die ILO-Konventionen Nummer 87 über Gewerkschaftsrechte und sozialen Schutz ist seit 1975 durch die Schweiz ratifiziert, die Konvention Nummer 98 über die Organisationsfreiheit und Rechts auf Kollektivverhandlungen seit 1999.

Das Neuenburger Spital La Providence untersteht seit vielen Jahren dem Gesamtarbeitsvertrag (GAV= Tarifvertrag) des Neuenburger Gesundheitswesens, der für mehrere Tausend Beschäftigte der Spitäler, der Spitex und der Alters- und Pflegeheime gilt. Die Privatklinikgruppe Genolier hat das Spital La Providence aufgekauft und den GAV gekündigt mit der Ankündigung, die Arbeitszeit zu verlängern, Zulagen zu kürzen, den Mutterschaftsurlaub auf das gesetzliche Minimum von 14 Wochen zu reduzieren, das Lohnsystem außer Kraft zu setzen. Ende 2012 kam es zum Streik zur Verteidigung des GAV – der Arbeitgeber drohte den streikenden Angestellten mit der fristlosen Entlassung. Wer den Streik trotz dieser Drohung weiterführte, erhielt im Februar 2013 eine fristlose Entlassung, das angerufene Gericht weigerte sich mit Hinweis auf das Gesetz, diese Entlassungen zu unterbinden. Damit wird das Streikrecht ausgehebelt – wer streikt ist entlassen und kann daher gar nicht mehr streiken, weil kein Arbeitsvertrag mehr besteht? Gegen diese gravierende Verletzung des Streikrechtes und der ILO-Konventionen hat der Vpod nun am Sitz der ILO in Genf Klage eingereicht.

Quelle: <http://www.vpod.ch>

USA: Aussperrung Hafenarbeiter

Arbeiter/innen vom Hafen von Vancouver, Washington, USA, werden von ihrem Arbeitgeber, dem japanischen Großkonzern Mitsui-United Grain, seit dem 27. Februar 2013 ausgesperrt. Die ITF ist davon überzeugt, dass die Aussperrung ein antigewerkschaftlicher Angriff ist und ein Versuch, Verhandlungen in gutem Glauben mit den Arbeiter/innen über ihren Tarifvertrag zu vermeiden. Die letzte Vereinbarung für die Arbeiter/innen lief im September 2012 aus und lässt diese nun ohne Vertrag. Damit sind sie dem Missbrauch durch ihren Arbeitgeber ausgeliefert, welcher nun zu extremen und aggressiven Maßnahmen greift.

Quelle: <http://www.labourstartcampaigns.net>, 16.04.2013

Pakistan: Aussperrung gegen Gewerkschaft

Das Management von Kraft Foods Pakistan (früher Cadbury, heute im Besitz von Mondelez) sperrt die Gewerkschaft aus und schikanieren ihre Anführer, weil sie sich für die Rechte Hunderter in der Fabrik beschäftigter Leiharbeiter einsetzen. Mondelez stellt in Pakistan Cadbury-Süßwaren her. Dazu beschäftigt es 53 Festangestellte und über 350 Leiharbeiter, von denen 150 in zentralen Bereichen in der Fertigung arbeiten. Im Dezember kam es zu einem Verhandlungsstillstand, als die Gewerkschaft für die prekär beschäftigten Arbeitnehmer einen Anteil an den Gehaltserhöhungen und Lohnnebenleistungen forderte und ein Verfahren für die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen verlangte. Das Management reagierte mit Schikanen gegen die führenden Gewerkschafter und leitete gegen Muhammad Saleem, den Vorsitzenden der Gewerkschaft, ein Disziplinarverfahren ein, das seine Suspendierung bzw. Entlassung zum Ziel hat. Während der Tarifverhandlungen ist das gesetzlich verboten. Als die Gewerkschaft für den 1. April einen Streik ankündigte, verhängte das Management die Aussperrung.

Quelle: <http://cms.iuf.org>, 4.4.2013

Hongkong: Hafenarbeiter verteidigen ihr Streikrecht

Mitglieder der Gewerkschaft für Hafenarbeiter in Hongkong (UHKD) sind seit dem 28. März 2013 im Streik. Sie sind beschäftigt bei Hong Kong International Terminals (HIT), einem Subunternehmer des globalen Netzwerk-Terminal (GNT), Betreiber Hutchison Port Holding Trust (HPH). Mit dieser Aktion starteten sie einen letzten, verzweifelten Versuch, das Management an den Tisch zu holen, um über Gesundheitsschutz, Arbeitsbedingungen, gleiche Entlohnung von über Aufträge angestellten und direkt Beschäftigten und der Ausbeutung von ausgelagerten Arbeitskräften zu verhandeln. Der Präsident der Internationalen Transportarbeiter-Föderation Paddy Crumlin sagt: „Hutchinson sollte sich schämen, dass Arbeiter/innen, die sie unter Vertrag haben, nicht besser als Tiere im Käfig behandelt werden. Die Beschimpfungen müssen aufhören und die Arbeitgeber müssen zeigen, dass sie sich zu einer Beendigung der Ausbeutung von ausgelagerten Hafenarbeitern verpflichten.“ Eine einstweilige Verfügung, die den Großstreik von UHKD-Arbeiter/innen verhindert, wurde vergangenen Freitag vom Gericht in Hongkong verlängert. Damit wird den Beschäftigten ihr Grundrecht auf Arbeitskampfmaßnahmen aberkannt. Die Gewerkschaft

und hunderttausende Hafenarbeiter weltweit rufen HIT und HPG auf, Verantwortung für das Wohlergehen ihrer Beschäftigten zu übernehmen, ob für die Festangestellten oder für die Beschäftigten in Subunternehmen und endlich in einen offen und transparent Dialog zu treten.

Quelle: ericlee@labourstart.org, 10.4.2013

Thailand: Anklage gegen Gewerkschafter

Bei der Pineapple Verarbeitungsfirma Natural Fruit werden schwere Verletzungen der grundlegenden Menschen- und Arbeitnehmerrechte vermutet. In einem Bericht auf der Internetseite von nationmultimedia.com wird über die Ergebnisse, die auf Arbeitnehmerinterviews von Oktober 2012 basieren, berichtet. Die Interviews wurden von Finnwatch, einer finnischen Non-Profit-Organisation durchgeführt. Nach Angaben der interviewten Arbeitnehmer der Natural Fruit Fabrik in Prachuap Khiri Khan, Thailand, beschäftigt das Unternehmen rund 200 Migranten ohne Papiere aus Myanmar, darunter Dutzende von 14- bis 17-jährigen Kindern. Über 700 der 800 Beschäftigten sind Migranten. Natural Fruit hat Wanderarbeitern Pässe und Arbeitsgenehmigungen beschlagnahmt, um zu verhindern, dass sie die Fabrik verlassen oder zu einem anderen Job wechseln. Finnwatch bezeichnet dies als ein Zeichen, das als Menschenhandel charakterisiert werden kann. Alle Arbeitnehmer, die für den Bericht interviewt wurden, beschwerten sich, dass ihre Löhne und Überstundenzuschläge niedriger sind als von der thailändischen Gesetzgebung vorgeschrieben. Sie sind in der Praxis gezwungen, Überstunden zu leisten, manchmal über die gesetzlich zulässigen 36 Wochenstunden. Der von der thailändischen Regierung seit Beginn des Jahres 2013 eingeführte Mindestlohn wird nicht gezahlt. Sie beschwerten sich auch über zufällige und unerklärliche Gehaltsabzüge, gewalttätiges Verhalten von Managern und schlechte und unsichere Arbeitsbedingungen.

Nach Informationen von Finnwatch zählen zu den Kunden von Natural Fruit Company Ltd. Unternehmen wie Refresco, Lidl, Aldi, Carrefour, Dia, Morrison, Edeka, Rewe, Superunie, Ahold und Systeme Uni und auch größten Ketten in Finnland Kesko, SOK und Suomen Lähikauppa.

Quelle: nationmultimedia.com – labourstart.com, April 2013

Iran: 46 inhaftierte Journalisten

Am 14. Juni 2013 wird im Iran gewählt. Vor der Präsidentschaftswahl nimmt der Druck auf Journalist/innen

in dem Land zu. Zurzeit sitzen nach Angaben von „Reporter ohne Grenzen“ 46 Journalist/innen und Blogger/innen in Haft. Der Hauptgrund, der von staatlicher Seite genannt wird, ist die „Gefährdung der nationalen Sicherheit“. Bei einigen der Inhaftierten haben noch keine Prozesse stattgefunden. In Berlin haben am 17. April vier iranische Journalisten bei einer Pressekonferenz von Verdi, Reporter ohne Grenzen und der Internationalen Journalisten Föderation über die Situation in ihrem Heimatland berichtet. Reza Moini, Iran-Referent im internationalen Sekretariat von Reporter ohne Grenzen, beschreibt, wie die Regierung es schafft, immer wieder Angst zu verbreiten. Da ist von willkürlichen Festnahmen die Rede, von Vorladungen, von der Aufforderung, aus der Hauptstadt Teheran in eine der Provinzen zu gehen. Eine offizielle Zensur gebe es nicht, sagte Ehsan Norouzi vom Radiosender Deutsche Welle: „Man muss selbst herausfinden, wo die roten Linien sind.“ Das könne auch dazu führen, dass es Journalist/innen zur Last gelegt werde, wenn sie über etwas nicht berichtet haben, zum Beispiel über die Pro-Kundgebungen am Jahrestag der Revolution.

„Sie nehmen uns die Arbeit und die Würde weg“, sagt Ehsan Mehrabi, der selbst ein Jahr im Gefängnis gesessen hat. Körperliche Folter sei in den Gefängnissen an der Tagesordnung, hinzu kommen die psychischen Auswirkungen der oft schlechten Haftbedingungen. Freunden, Nachbarn oder Verwandten werde erzählt, die Festgenommenen handelten mit Drogen oder seien Spione. Journalisten regierungsnaher Medien würden geschickt, um mit den Verhafteten zu reden und von ihnen Geständnisse zu bekommen.

Der Journalist Ali Mazrooei lebt mittlerweile im Ausland. Er beschreibt, dass Rundfunk und Fernsehen im Iran mittlerweile komplett staatlich kontrolliert werden. Internetradios seien verboten. Das Internet selbst wird von einer Vielzahl, teilweise miteinander konkurrierender Behörden überwacht. Knapp fünf Prozent der Presse, so schätzt er, sei annähernd unabhängig, 90 Prozent der Printmedien ebenfalls direkt oder indirekt in staatlichem Besitz. Allein seit den Wahlen im Jahr 2009 sind mehr als 30 unabhängige Zeitungen verboten worden, ebenso sind in dieser Zeit mehr als 200 Journalist/innen zeitweise oder dauerhaft im Gefängnis gelandet. Viele Journalist/innen hätten mittlerweile ihre Land verlassen, seien in Angst um ihre Leben geflohen.

„Wir brauchen eine Erschütterung im politischen System, sonst gibt es keine Änderung“, sagt Ehsan Norouzi.

Quelle: <http://www.verdi.de>, 17. April 2013

Taschengeldkürzungen für Flüchtlinge: Haderthauer gibt nach

MÜNCHEN. Das bayerische Sozialministerium hat mit Schreiben vom 27.3. 2013 die Sozialämter angewiesen, vorläufig keine Sanktionen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz mehr zu verhängen und Flüchtlingen das ihnen zustehende soziokulturelle Existenzminimum in voller Höhe auszuzahlen. Damit muss in ganz Bayern ein Beschluss des Bayerischen Landessozialgerichts (LSG) vom 24.1.2013 umgesetzt werden, der eine Kürzung oder komplette Streichung des sogenannten Taschengeldes vorläufig untersagt. Vorausgegangen war ein wochenlanger Streit zwischen Sozialministerium und Bayerischem Flüchtlingsrat. Während der Flüchtlingsrat eine solche Weisung eingefordert hatte, verweigerte sich das Sozialministerium zunächst. Man habe in diesem Fall weder eine Regelungskompetenz, noch sei der Beschluss des LSG generell für alle Flüchtlinge gültig. Dieser Standpunkt war aber nicht mehr haltbar, als öffentlich bekannt wurde, dass es bereits eine Weisung des Sozialministeriums gab. Diese ignorierte jedoch den LSG-Beschluss aus Bayern und orientierte sich stattdessen an einem Beschluss des Thüringer Landessozialgerichts, das Sanktionen bis zu 30 % für zulässig erklärte. Offensichtlich setzte sich Sozialministerin Haderthauer unverfroren über das Bayerische Landessozialgericht hinweg, um an der bayerischen Linie festzuhalten, Flüchtlinge durch möglichst schlechte Lebensbedingungen abzuschrecken und zur Ausreise zu nötigen. „Wir beglückwünschen Sozialministerin Haderthauer, dass sie von ihrer rüden Linie abgewichen ist und doch noch den richtigen Weg bei der Umsetzung eines Landesozialgerichtsbeschlusses gefunden hat. Gerne stehen wir ihr weiterhin als hilfreicher Wegweiser zur Verfügung“, erklärt Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats.

www.

fluechtlingsrat-bayern.de

Studiengebühren in Bayern jetzt wirklich ganz abschaffen!

BAYERN. Der bayerische Landtag will morgen (24.4.13) die allgemeinen Studiengebühren an Bayerischen Hochschulen abschaffen. Die weiteren Rahmenbedingungen sind allerdings immer noch diffus. So ist nicht klar, ob es ab Herbst 2013 weiterhin Zweit-Studiengebühren an den Hochschulen in Bayern geben soll, oder diese auch abgeschafft werden sollen. Die Abschaffung von Studiengebühren als solchen ist darüber hinaus äußerst halbherzig erfolgt. So bleiben die hohen Erst-Studiengebühren für berufsbegleitende Studiengänge erhal-

ten. Dies trifft v.a. Menschen, die sich während ihrer beruflichen Tätigkeit weiterbilden wollen. Die Gebühren für die Bewerbung an einer Kunsthochschule und die Auswahlgebühren für Nicht-EU Studierende sollen ebenfalls bestehen bleiben. Gerade die zweite Gruppe hat immer schon stark um die Aufbringung ihres Lebensunterhaltes zu kämpfen, da sie in der Regel keinen BAföG-Anspruch hat.

Die bayerischen Parteien behaupten, sie würden soziale Hürden, die eine Aufnahme des Studiums behindern, beseitigen. Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren stellt fest, dass diese Behauptung nicht der Wirklichkeit entspricht. In Zukunft darf es keine Studiengebühren mehr in Bayern geben. Die Bayerische Landesregierung sollte sich nicht erlauben können durch eine ‚heimliche‘ Rechtsverordnung eine Rückkehr zum Gebührenmodell einzuleiten. Auch bleibt abzuwarten, ob die Parteien in Bayern – nach der Landtagswahl – den Art. 71 des Hochschulgesetzes verschärfen wollen – oder eben nicht. Das ABS fordert die tatsächliche Abschaffung von Studiengebühren in Bayern und die Aufnahme des Studiengebührenverbots in die Bayerische Verfassung.

<http://www.abs-bund.de>

Bundesregierung versagt beim Schutz von Zootieren. Tierschutzverbände kritisieren neue Haltungsvorschläge für Wildtiere

BERLIN. 14 deutsche Tier- und Naturschutzverbände fordern die Bundesregierung auf, die Mindeststandards für die Haltung von Wildtieren erheblich zu verbessern. Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat einen Entwurf für neue Haltungsvorgaben vorgelegt, der nach Ansicht der Verbände bei vielen Arten nicht einmal ein Mindestmaß an artgerechter Haltung sicherstellt. „Wir fordern, dass die Tierhaltung in allen Zoos so verbessert wird, dass sie im Einklang mit dem Tierschutzgesetz ist. Der derzeitige Vorschlag ist dafür allerdings in weiten Teilen unzureichend“, kritisiert James Brückner vom Deutschen Tierschutzbund, der als Sachverständiger an der Erarbeitung des Entwurfs mitgewirkt hat. Mehr als zwei Jahre lang hat eine Arbeitsgruppe im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) neue „Mindestanforderungen an die Haltung von Säugetieren“ erarbeitet. Das sogenannte Säugetiergutachten soll in Zoos und ähnlichen Einrichtungen, wie auch in Privathand, eine verhaltensgerechte Wildtierhaltung gewährleisten. Die drei Tierschutzvertreter, die an dem Gutachten unmittelbar mitgearbeitet haben sowie 14 weitere Tier- und Naturschutzverbände lehnen den jetzt vom BMELV zur Kommentie-

rung veröffentlichten Entwurf jedoch einhellig ab ... „Es geht uns nicht darum, die Zoos zu schließen, aber den Tieren müssen adäquate Haltungen zugesichert werden. Der vom BMELV vorgelegte Entwurf ist völlig unzureichend und muss deutlich nachgebessert werden. Die Tierschutzseite kann dem Entwurf in seiner derzeitigen Form daher nicht zustimmen“, so das Fazit der drei von Tierschutzseite berufenen Gutachter.

www.bund.net

Stoppt die Diskriminierung von Roma in der EU!

BERLIN. Roma sind die größte und eine der am stärksten benachteiligten Minderheiten in Europa. Sie werden Opfer rechtswidriger Zwangsräumungen, in deren Folge sie obdachlos oder in häufig völlig unzureichende Ersatzunterkünfte umgesiedelt werden. Jedes Jahr werden Tausende von Roma-Kindern auf separate Roma-Schulen, in gesonderte Roma-Klassen oder auf Schulen für Kinder mit „leichter geistiger Behinderung“ geschickt, wo sie nach einem reduzierten Lehrplan unterrichtet werden. Vielen Roma wird der Zugang zum Arbeitsmarkt und zu angemessener Gesundheitsversorgung verwehrt. Sie werden Opfer rassistisch motivierter Gewalt und erhalten vielfach keinen Schutz durch Polizei und Justiz. Die EU ist stolz darauf, sich auf die „Prinzipien der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ zu gründen – die täglichen Erfahrungen der Roma aber zeigen schonungslos, dass die EU es versäumt hat, diese Grundsätze in die tatsächliche Gleichbehandlung der größten ethnischen Minderheit Europas umzusetzen. Die europäischen Regierungen haben darin versagt, Vorurteile gegen Roma zu bekämpfen und die Diskriminierung zu beenden. Damit verstoßen sie gegen EU-Recht. Damit muss jetzt Schluss sein! Die EU-Kommission muss der Diskriminierung von Roma endlich ein Ende setzen. Sie hat die Befugnis und die Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Mitgliedstaaten die EU-Antidiskriminierungsrichtlinien in Recht und Praxis umsetzen. Fordern Sie EU-Kommissarin Viviane Reding dazu auf, entschieden und unter Verwendung aller ihr zur Verfügung stehenden Mittel gegen die Diskriminierung von Roma vorzugehen! Lesen Sie hier den Petitionstext: www.amnesty.de

Bildungspaket gefloppt: Paritätischer wirft Ministerin Schönfärberei vor

BERLIN. Auf deutliche Kritik des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes stieß die Präsentation eines Zwischenberichtes zum Bildungs- und Teilhabepaket durch Bundesministerin von der Leyen. Mit methodischen Tricks solle

in der Bilanz kaschiert werden, dass das Bildungs- und Teilhabepaket gescheitert sei. Der Verband fordert als Konsequenz eine Totalreform bei der Förderung von Kindern in Hartz IV. „Nicht einmal jedes fünfte Kind im Hartz IV-Bezug nimmt die von Frau von der Leyen hochgelobten 10-Euro-Gutscheine für Sportverein oder Musikschule in Anspruch. Dieses desaströse Ergebnis der aktuellen Umfrage kann die Ministerin nicht einfach unter den Tisch kehren“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen. Nach Darstellung des Bundesarbeitsministeriums nutzten mittlerweile insgesamt Dreiviertel der leistungsberechtigten Kinder und Jugendlichen Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Mit berücksichtigt wurden dabei jedoch auch Leistungen für den persönlichen Schulbedarf, die ohne gesonderten Antrag automatisch an die Familien überwiesen werden. „Rechnet man seriöserweise die Leistungen für den Schulbedarf heraus, bleibt nur der Schluss, das Bildungspaket ist gescheitert und auch nicht mehr zu retten“, bilanziert Schneider. „Es ist der unredliche Versuch, den Menschen statistischen Sand in die Augen zu streuen.“ Nach Ansicht des Verbandes ist das gesamte Bildungs- und Teilhabepaket zu bürokratisch, zu kleinteilig und letztlich zu kleinlich. „Das Bildungs- und Teilhabepaket ist restlos verkorrt und nicht zu reparieren“, so Schneider. Der Verband fordert daher die Abschaffung des Bildungs- und Teilhabepaketes und stattdessen einen einklagbaren Rechtsanspruch auf Teilhabe im Kinder- und Jugendhilfegesetz.

www.der-paritaetische.de

KiK-Textilien am Unglücksort gefunden; NKD bestätigt Lieferbeziehungen bis Herbst 2012

WUPPERTAL. Am Unglücksort der fünf eingestürzten Textilfabriken in Bangladesch wurden zahlreiche KiK-Textilien in den Trümmern gefunden. „Wir sind schockiert – es zeichnet sich ab, dass KiK innerhalb von nur acht Monaten ein drittes Mal in ein schweres Unglück in einer Textilfabrik invol-



viert ist“, so Frauke Banse von der Kampagne für Saubere Kleidung. Bisher hat nur eine Firma in Deutschland bestätigt, bis vor kurzem Lieferbeziehungen in die Fabriken gehabt zu haben: Der Textildiscounter NKD gibt an, bis zum Herbst letzten Jahres von der Fabrik Phantom Apparels Ware bezogen zu haben. Auch für den deutschen Markt wichtige Firmen wie Benetton, Mango oder Primark ließen in den Fabriken produzieren. Auf die beteiligten Unternehmen kommt die Zahlung einer Entschädigungssumme von geschätzten 30 Millionen US-Dollar plus Nothilfebehandlungen zu. Alle beteiligten Unternehmen sind aufgerufen, umgehend mit den Gewerkschaften in Bangladesch in Kontakt zu treten, um die nächsten Schritte zu besprechen sowie die Nothilfeversorgung zu unterstützen. Alle betroffenen Unternehmen müssen Kompensationen für die Opfer bereitstellen. Diese gilt es entlang bereits entwickelter Standards mit den bangladeschischen Gewerkschaften und der internationalen Gewerkschaftsvereinigung IndustriALL schnellstmöglich auszuhandeln. Das Unglück in dem Gebäude Rana Plaza macht erneut deutlich, wie unzureichend private soziale Auditierungen sind. Zwei der Fabriken wurden im Auftrag der Business Social Compliance Initiative (BSCI) auditiert, in der über 1000 große Unternehmen Mitglied sind, wie z.B. Otto, Aldi und Lidl. Auch der TÜV Rheinland prüfte eine der Fabriken in dem Hochhaus vier Mal in den Jahren 2011 und 2012 und stellte keine Baumängel fest. „Dies zeigt, wie oberflächlich Audits durchgeführt werden, teilweise werden AuditorInnen sogar bestochen“, kritisiert Gisela Burckhardt von der Kampagne für Saubere Kleidung. Um weitere Unglücke zu vermeiden, ist es dringend nötig, dass die Unternehmen endlich das verbindliche Abkommen zum Gebäude- und Brandschutz unterzeichnen, das schon vor zwei Jahren von lokalen und internationalen Gewerkschaften und Arbeitsrechtsorganisationen in Bangladesch erarbeitet worden ist und das bisher nur PVH (Tommy Hilfiger und Calvin Klein) und Tchibo unterzeichnet haben“, so Burckhardt weiter.

„Andere Unternehmen wurden ebenfalls aufgefordert, das Abkommen zu unterstützen; aber sie wollen nicht unterschreiben und reden sich mit eigenen Verbesserungsmaßnahmen heraus. Dass diese nicht wirken, zeigt sich ja jetzt angesichts der erneuten Katastrophe“, so Kirsten Clodius, Referentin der Kampagne für Saubere Kleidung. Das Abkommen sieht unter anderem unabhängige Gebäudeinspektionen, Trainings zu Arbeitsrechten, öffentliche

Auskunftspflicht und eine Überarbeitung der Sicherheitsstandards vor.

<http://www.saubere-kleidung.de/>

Zivilgesellschaft: Gesetz zur Datenauskunft gefährdet Vertraulichkeit der Internetnutzung

BERLIN. Am morgigen Freitag, am internationalen Tag der Pressefreiheit, wird der Bundesrat über das umstrittene Gesetz zur Bestandsdatenauskunft über Internetnutzer und Passwörter entscheiden. Im Vorfeld der Abstimmung rufen neun Organisationen der Zivilgesellschaft die Ministerpräsidenten der Länder auf, das Vorhaben grundlegend zu überarbeiten.

In einer heute veröffentlichten gemeinsamen Erklärung des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung, des Deutschen Journalistenverbands (DJV), der Neuen Richtervereinigung (NRV), der Reporter ohne Grenzen (ROG), der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten Union (dju), des Komitees für Grundrechte und Demokratie, der Evangelischen Konferenz für Telefonseelsorge und Offene Tür, der Humanistischen Union und des Organisationsbüros der Strafverteidigervereinigungen heißt es:

Gemeinsame Erklärung zur Bestandsdatenauskunft: Die Vertraulichkeit und Anonymität der Internetnutzung steht auf dem Spiel, wenn staatlichen Behörden der weitreichende Zugang zu unserer Internetnutzung und zu unseren privatesten Daten möglich gemacht wird. Die Furcht vor Ermittlungen oder sonstigen Nachteilen beeinträchtigt die unbefangene Nutzung des Internets, die in bestimmten Bereichen nur im Schutz der Anonymität erfolgen kann (z.B. medizinische, psychologische oder juristische Beratung, Presseinformanten und Whistleblower, politischer Aktivismus). Wir fordern alle Ministerpräsidenten auf, das Gesetz zur Bestandsdatenauskunft im Bundesrat zu stoppen und im Vermittlungsausschuss grundlegend zu überarbeiten:

Die Anonymität der Internetnutzung (statische und dynamische IP-Adressen) muss mindestens so gut geschützt werden wie Telefon-Verbindungsdaten – keine Herausgabe ohne richterliche Anordnung, kein Zugriff in Bagatellfällen (z.B. Ordnungswidrigkeiten), keine elektronische Auskunftsschnittstelle!

Die Aufrüstung von Bundeskriminalamt (BKA) und Zollkriminalamt (ZKA) zu einer „Internet-Polizei“ lehnen wir ab! Unsere Passwörter gehören uns – keine Herausgabe der Passwörter zu unseren E-Mails, unseren Fotos, unseren sozialen Netzwerken und unseren Online-Speicherdiensten!

www.grundrechtekomitee.de

Essener Studie beleuchtet Integration aus vielen Blickwinkeln

Auf den ersten Blick erstaunliche und erfreuliche Ergebnisse hat eine repräsentative Befragung von 2.003 Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Essen erbracht. So ist eine überwältigende Mehrheit von 74 % der Meinung, „dass es gut ist, wenn einheimische Deutsche und Migrantinnen und Migranten als Nachbarn zusammenleben“ (alle Zitate aus der zusammenfassenden Ratsvorlage 1898/2012/4). Nach dem tatsächlichen Zusammenleben befragt, berichten nur 5 % von Reibereien und 29 % sprechen von einem Nebeneinander. Also 65 % leben tatsächlich nachbarschaftlich und gut zusammen. Die Integration wird in Essen von den Menschen also mehrheitlich als gelungen empfunden. Mehr als 90 % der Befragten leben gern bis sehr gern in Essen. Zweidrittel der Migrantinnen und Migranten erklären sie wollen auch in Zukunft in Deutschland leben.

Wichtig der Hinweis vorab, dass Menschen mit Migrationshintergrund keine homogene Gruppe sind, sondern „sich stark nach ethnischer Herkunft, Dauer ihres Aufenthaltes, sozialer Lage, Religion/Wertvorstellungen, Lebensstilen und Bildungsgrad unterscheiden“. Es ist aber Fakt, dass immer noch größere Teile der Menschen mit Migrationshintergrund schlechtere Chancen haben und in vielfältiger Weise Diskriminierungen ausgesetzt sind. Im eigenen Erleben sind die Diskriminierungserfahrungen erstaunlicher Weise nicht so ausgeprägt: „Fast zwei Drittel der Migrantinnen und Migranten haben nie – in den letzten zwei Jahren – eine ungleiche Behandlung selbst erlebt. Auch eine deutliche Mehrheit der einheimischen Deutschen (55 %) hat keinerlei Diskriminierung wahrgenommen.“ Allerdings: „Insbesondere in den existentiell wichtigen Bereichen Arbeit und Ausbildung (Arbeitsplatz/Schule/Universität und Arbeitssuche) wird sowohl von den einheimischen Deutschen als auch von Migrant/-innen insgesamt überdurchschnittlich häufig von beobachteten bzw. erlebten Diskriminierungen berichtet.“

Die tatsächliche Diskriminierung in vielen weiteren Lebensbereichen drückt sich dann in anderen Befragungsergebnissen aus:

– Nur knapp ein Drittel der Migrantinnen und Migranten verfügt über eine mittlere Schulabschließung, während dies bei den einheimischen Deutschen 56 % sind. Bei den unter 27-jährigen haben 33 % der Migrantinnen und Migranten keinen Schulabschluss, fast doppelt so

viele wie bei den einheimischen Deutschen. Insgesamt ist die Altersgruppe der unter 27-jährigen diejenige mit den niedrigsten Schulabschlüssen. Die niedrigsten Bildungsabschlüsse gaben die Befragten aus der türkischen Herkunftsgruppe an. Am besten stehen hier die Befragten aus der russischen Herkunftsgruppe da. Ein Drittel aller Migrantinnen und Migranten hat die allgemeine Hochschulreife, aber nur ein Viertel aller einheimischen Deutschen. Berücksichtigt werden muss dabei, dass die Abschlüsse der Herkunftsländer nur eingeschränkt mit den deutschen Abschlüssen vergleichbar sind.

– Bei den Befragten lag das durchschnittliche Einkommen bei den einheimischen Deutschen bei etwa 1.350 Euro, bei den Migrantinnen und Migranten nur bei 950 Euro. Bei Befragten der türkischen und arabischen Herkunftsgruppe sogar nur bei 620 bzw. 520 Euro. Um die Vergleichbarkeit der sehr unterschiedlichen Haushaltsgrößen zu berücksichtigen, wurde hier ein Äquivalenzeinkommen gebildet, das den pro Kopf verfügbaren Geldbetrag beschreibt.

– Mit 28 % beziehen viermal so viele Migrantinnen und Migranten soziale Transferleistungen als einheimische Deutsche (7%). Überdurchschnittlich vertreten sind hier die Befragten aus dem arabischsprachigen Raum. Von ihnen beziehen 60% Sozialleistungen. Hier spiegelt sich der in Essen überdurchschnittlich hohe Anteil von Menschen, die zum größten Teil vor mehr als 20 Jahren aus dem Libanon gekommen sind und die z.T. bis heute nur Duldungen erhalten.

Die deutlich höhere Religiosität der Migrantinnen und Migranten könnte eine Ursache in der weiterhin vorhandenen und empfundenen Separierung haben: 54 % der Befragten bezeichnen sich selbst als sehr und weitere 10 % als eher religiös. Bei den Migrantinnen und Migranten ist insbesondere der Anteil von Menschen, die sich als sehr religiös einstufen (18 %) deutlich höher als bei den einheimischen Deutschen. Der Grad der Religiosität von Muslimen ist noch deutlich höher als von Christen mit Migrationshintergrund ... Die Religiosität wird insbesondere von jungen Muslimen betont: mehr als ein Drittel bezeichnet sich selbst als sehr religiös und weitere 60 % als eher religiös.

Einige Handlungsbedarfe in der Integrationspolitik hebt die Stadt Essen hervor:

– „Besondere Aufmerksamkeit ist dem

zentralen Zusammenhang von Herkunft – Armut – Bildung und Beschäftigung sowie sozialer und gesellschaftlicher Anerkennung zu widmen.

– Beim Thema Bildung ist vor allem das niedrige Schul- und Berufsausbildungsniveau vielen unter 27-jährigen alarmierend, obwohl sie ihre Schulausbildung in Deutschland ... durchlaufen haben ...

– Armut ist in Essen zu einem wesentlichen Teil Armut unter bestimmten Gruppen von Migrantinnen und Migranten, insbesondere bildungsungeübten Einwohnerinnen und Einwohnern türkisch- und arabischsprachiger Herkunft ...

– In den Bereichen von Arbeit und Ausbildung, Wohnen sowie bei öffentlichen Dienstleistungen besteht ein besonders großer Handlungsbedarf, Chancengleichheit entgegen zu wirken, da die beobachtete und erlebte Diskriminierung in Essen am häufigsten genannt wurde.

– Die Unwissenheit über die Einbürgerungsvoraussetzungen ... stellt die Verwaltung vor die Aufgabe, die vorliegenden Informationslücken zu schließen ...“ Darüber hinaus sollte eine „Antidiskriminierungsstelle“ eingerichtet werden, um ein Zeichen zu setzen, dass Essen „Strukturen für die Verwirklichung von Chancengleichheit und Sicherstellung der Gleichbehandlung“ aufbauen will. Die Linke fordert seit langen eine solche Antidiskriminierungsstelle und wird diesen Vorschlag deshalb erneut aufgreifen. Bisher scheiterte sie hier mit ihren Initiativen.

Besonders wichtig wird es in der kommenden Zeit sein, in allen Politikfeldern die besonderen Lebenslagen und den daraus resultierenden Bedürfnissen der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte verstärkt Rechnung zu tragen. Von der Stadtentwicklung über den Wohnungsbau bis zur klassischen Bildungspolitik besteht ein großer Bedarf, die Strukturen anzupassen. Dabei gibt die Studie leider kaum Auskunft dazu, wie die spezifischen Anforderungen der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte an die zukünftige (Stadt-)entwicklung in den unterschiedlichsten Bereichen konkret aussehen. Hier wären Folgestudien wünschenswert, die auch eine stärkere Beteiligung von Migrantinnen und Migranten unterstützen sollten.

Trotzdem kann sich kommunale Politik jetzt darauf beziehen, dass mehr als 90 % aller Befragten – einheimischer Deutsche und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – eine gemeinsame Verantwortung aller am Integrationsprozess sehen. Integration ist eben keine Einbahnstraße, sondern kulturelle Vielfalt ist eine Chance für die gesamte Stadt und ihre Menschen.

Gabriele Giesecke

Quellen: Beiträge zur Stadtforschung 59: Zusammenleben in Essen, Amt für Statistik und Büro für interkulturelle Arbeit. www.essen.de

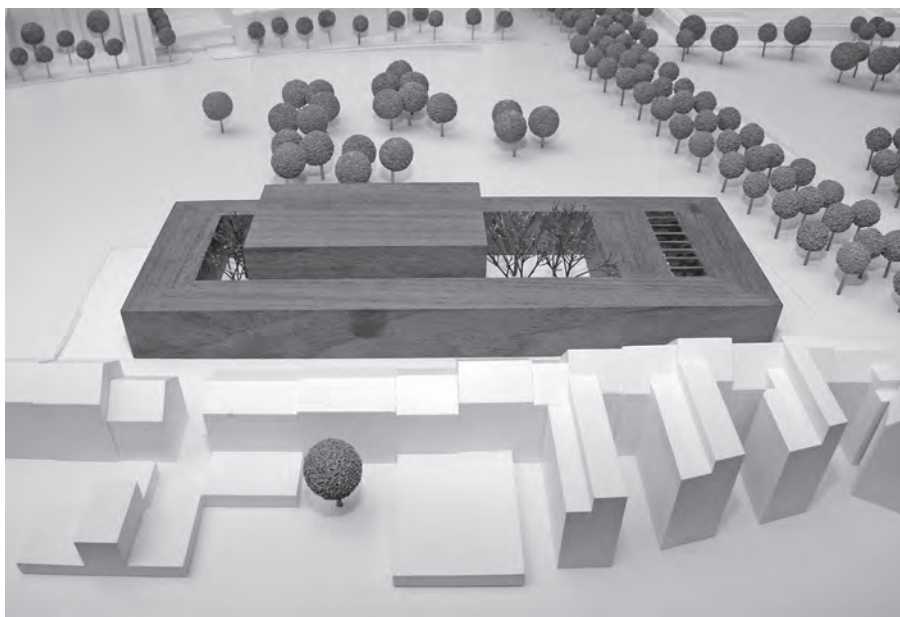
Zentral für Kunstwissenschaft und Kulturwirtschaft in Köln: Die Kunst- und Museumsbibliothek

Anfang April brachten die Spitzen von SPD und Grünen aufs Neue die Schließung der Kunst- und Museumsbibliothek (KMB) ins Gespräch. Damit könne dann der Neubau des Stadtarchivs am Eifelwall, der auch die KMB beherbergen soll, kleiner ausfallen und Geld gespart werden.

Es ist wenig überraschend, dass es nicht die Kulturpolitiker der Fraktionen waren, die die Schließung aufgebracht haben. Die Bedeutung der KMB für Kunstbetrieb und Kulturwirtschaft in Köln und darüber hinaus lässt sich kaum hoch genug einschätzen. Die KMB ist eine nicht ersetzbare Informationsquelle für Künstler, Wissenschaftler, Museen und andere Kunsteinrichtungen im ganzen Bundesgebiet. Ein großer Teil des Bestandes der KMB zur modernen Kunst und Fotografie sind Unikate. Sie würden nach einer Schließung nicht mehr zur Verfügung stehen.

Seit die Schließung der KMB im Raum steht, setzen sich Initiativen und Vereine für den Erhalt ein. Eine Online-Petition wurde aufgesetzt. Verwaltung und Fraktionen erhalten Protestschriften von Wissenschaftlern, Studierenden, Künstlern, Galeristen. Diese Schreiben stammen aus dem In- und Ausland und betonen die Bedeutung der KMB für Wissenschaft, Kunst und Kultur.

Bereits zum Doppelhaushalt 2010/11 hatte die in der Verwaltung ge-



bildete „Task-Force“, deren Aufgabe die Erstellung einer Liste zu kürzender städtischer Ausgaben war, die Schließung der Kunst- und Museumsbibliothek vorgeschlagen. Die Linke wandte sich gegen die Schließung und stellte zusammen mit *Deine Freunde* einen Antrag zur Ratssitzung am 1.3.2011. Der Rat beschloss letztlich eine geänderte Fassung des Antrages, der aber die Erhaltung der KMB vorsah. SPD und Grüne hatten sich schließlich klar für eine Erhaltung positioniert.

Die Verwaltung setzte nach dem Beschluss nicht mehr auf eine Schließung,

sondern auf eine Übergabe der Bibliothek an die Kölner Universität. Auf diese Weise sollten die erhofften Einsparungen doch noch erzielt werden können. Die Verwaltung war darüber so optimistisch, dass sie in den Haushalt 2010/11 die erwartete Einsparung bereits ab 2012 einpreiste. Bis heute, Ende April 2013, sind keine nennenswerten Fortschritte in den Verhandlungen gemacht worden. Ob die Universität jemals die KMB übernehmen wird, ist äußerst fraglich.

Ob eine Schließung der KMB zu den erhofften Einsparungen führen wird, und ob sie überhaupt ohne Weiteres machbar ist, darf bezweifelt werden. Bereits melden die Museen, die die aufgeteilten Bestände der KMB aufnehmen sollen, dafür nicht die notwendigen Lagerkapazitäten zu besitzen. Neu- und Umbauten fräßen Gelder wieder auf, die am Eifelwall eingespart würden. Gleichzeitig würden sich die Fertigstellung des Stadtarchivs und eine Rückkehr der Archivalien erheblich verzögern.

Die Linke thematisiert die Bedeutung der Kunst- und Museumsbibliothek in einer Anfrage an den Kulturausschuss. SPD und Grüne schienen diese in 2011 erfasst zu haben, sind aber hinter ihre damaligen Erkenntnisse zurückgefallen. Nun riskieren sie Kulturwirtschaft und Kunstbetrieb in Köln für einen kurzfristigen Showeffekt.

*Jörg Detjen,
Wilfried Kossen*



Protestaktion am 29. Januar vor dem Rathaus

Wohnen – integrativ und solidarisch: Sicherung und Vermehrung bezahlbaren Wohnraums in der Gesamtstadt Mannheim

Antrag zur Sitzung des Gemeinderates am 30.4.2013

MANnheim. Nach intensiver Vorbereitung im Kommunalausschuss der Linken reichte Stadtrat Thomas Trüper nun einen wohnungspolitischen Antrag ein, in dem es um die Sicherung und Vermehrung von bezahlbaren Wohnungen für breite Schichten der Gesellschaft in Mannheim geht. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Gemeinderat beschließt:

Die Stadt Mannheim setzt sich das Ziel, jährlich 400 zusätzliche Mietwohnungen mit Belegungs- und Mietbindung im unteren Preissegment bis 6,00 Euro/m² neu auszuweisen. Die Wohnungen sollen über die gesamte Stadt verteilt sein. Die Zielgruppe sind breite Schichten der Bevölkerung.

In dem Kontingent sollen sowohl Neubauwohnungen als auch umfassend sanierte Wohnungen enthalten sein. Die Stadt arbeitet hierbei mit genossenschaftlichen und privaten Bauträgern zusammen und bezieht die GBG in diese Umsetzung mit ein.

Die Verwaltung zeigt dem Gemeinderat Wege auf, wie dieses Ziel zu erreichen ist.

Zur Konkretisierung ergeben sich daraus folgende Arbeitsaufträge an die Verwaltung:

1. Die Verwaltung informiert den Gemeinderat über alle Fördermittel und -wege, die gegenwärtig für Soziale Wohnraum-, insbesondere Mietraumförderung zur Verfügung stehen. Sie informiert darüber, wie viele Zuschüsse bzw. zinssubventionierte Finanzierungsmittel davon in den letzten drei Jahren in der Stadt von GBG, Genossenschaften und privaten Bauträgern abgerufen wurden.

2. Die Verwaltung legt dem Gemeinderat dar, ob und wie öffentliche Belegungsrechte zur Sicherstellung eines ausreichenden Angebots an preisgünstigem Wohnraum von privaten Hauseigentümern und Wohnungsunternehmen erworben werden können.

3. Die Verwaltung legt dar, ob die Möglichkeit besteht, über städtische Satzungen die Bauherren zu verpflichten, bei Errichtung von Mehrfamilienhäusern eine bestimmte Quote öffentlich geförderten Mietwohnraums bereitzustellen im Sinne von „Mixed-income-housing“.

4. Die Verwaltung legt dar, ob und wie unabhängig vom Landeswohnraumförderungsprogramm im Zuge von Ausschreibungen größerer Wohnungsbauinvestitionen auf städtischen Grundstücken Auflagen gemacht werden können bzw. wie im Rahmen städtebaulicher Verträge mit Privatinvestoren Quoten von beispielsweise 20% für die Errichtung preisgünstigen Wohnraums mit langfristiger Miet- und Belegungsbindung festgelegt werden können. (Finan-

zierung über Kaufpreisnachlässe für Investoren bzw. durch Quersubventionierung innerhalb der Investments), dies insbesondere hinsichtlich von Flächen wie T4/T5 und den Konversionsflächen.

5. Die Verwaltung legt dar, wie Stadtteile mit gemischter Wohnstruktur z.B. durch Milieuschutzsatzungen vor „Luxussanierungen“ geschützt und Mieter vor der Vertreibung durch rasant steigende Mieten bewahrt werden können.

6. Die Verwaltung popularisiert und unterstützt die Bildung von Wohnungsgenossenschaften – auch solcher, die den Aufkauf von Bestandsmietwohnungen privater Eigentümer bezwecken, um sie für preisgünstiges Wohnen nachhaltig zu sichern.

Die Stadt Mannheim unterstützt einkommensschwache Interessenten beim Eintritt in eine Wohnungsgenossenschaft durch Kleindarlehen für den Erwerb der erforderlichen Genossenschaftsanteile.

Die Stadt Mannheim tritt gegenüber der Landesregierung dafür ein, dass auch kleine Genossenschaften oder vergleichbare solidarische Bauherrengemeinschaften Sozialwohnungen unterhalb der bisher praktizierten Mindestanforderung von zehn Wohneinheiten errichten können.

7. Die Verwaltung legt eine strategische Planung vor zur deutlichen Erhöhung der Anzahl preisgünstiger barrierefreier und barrierearmer Mietwohnungen.

Begründung:

In Mannheim besteht für „bezahlbaren Wohnraum“ Nachholbedarf: „Im untersten Preissegment mit bis zu 5,50 Euro/qm und Monat ist die Nachfrage als sehr hoch einzustufen. Auch im unteren Segment bis 6,00 Euro/qm sowie bis zum Medianwert von 6,70 Euro/qm ist noch eine hohe Nachfrage vorhanden.“ (I 609/2013 InWIS Wohnungsnachfrageprognose Mannheim)

Der Mietspiegel-Durchschnittspreis von aktuell 6,24 Euro/m² für Mannheim darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass im freien Mietwohnungsmarkt lt. Immobilienscout24 der Durchschnittspreis bei Neuvermietungen etwa 8,40 Euro beträgt. Da jährlich tausende Haushalte umziehen müssen, liegt die Realität für die Wohnungssuchenden eher bei dem letztgenannten Wert.

Betrachtet man die Verteilung der preiswerten Wohnungen auf die ein-

zelnen Stadtteile, findet man zumindest bei der GBG eine Konzentration auf wenige sozial wie infrastrukturell benachteiligte Bezirke. Wer umziehen muss und sich Wohnungen nur im unteren Preissegment leisten kann, landet unweigerlich in diesen Stadtteilen. Das verschärft die soziale Segregation der Mannheimer Stadtgesellschaft, wie sie in der difu-Studie „Segregation, Konzentration, Polarisierung – sozial-räumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007-2009“ anhand der Kriterien Kinderarmut und Migration für Mannheim festgestellt wird. Mannheim verzeichnet in dieser statistisch basierten Studie unter 19 teilnehmenden großen Kommunen jeweils einen traurigen Spitzenplatz.

Ein wichtiger und unbedingt zu vermeidender „Nebeneffekt“ dieser Entwicklung ist die immer noch zunehmende Bildungssegregation, die der 2. Mannheimer Bildungsbericht leider feststellen muss.

Diese Segregation führt u.a. dazu, dass 41,3% aller Kinder, Jugendlichen und Jungen Erwachsenen in Mannheim in den Sozialräumen der Kategorie 4 und 5 leben und damit ein „besonders hohes Risiko der Bildungs- und Teilhabebenachteiligung“ haben (Bildungsbericht Mannheim 2013, S. 41).

Der hier beschriebene Zustand unterliegt in zweierlei Hinsicht einer verschlimmernden Dynamik:

Mietpreise: Das Angebot an preisgünstigen Mietwohnungen nimmt in Mannheim tendenziell ab. Einerseits ist dies z.B. der Tatsache geschuldet, dass die GBG ein Abrissprogramm für ca. 800 Wohneinheiten angekündigt hat, die teilweise zumindest nicht mehr vermietbar sind und nicht für einen angemessenen Preis saniert werden können. Dadurch fehlen im unteren Preissegment, welches v.a. von der GBG und den Genossenschaften zur Verfügung gestellt wird, künftig eine deutlich merkliche Anzahl von Wohneinheiten, die durch Neubauten aufgrund deren Kostenmieten nicht ersetzt werden können.

Ein weiterer Faktor für die Verknappung preiswerten Wohnraums sind die (notwendigen) energetischen Sanierungen. Während z.B. die Gartenstadt Bau-genossenschaft die Mehrkosten mit Hilfe ihres guten Finanzpolsters auffängt und nicht weitergibt, während die GBG die Mehrkosten nur zu 5% weitergibt, haben die privaten Vermieter die Möglichkeit, jährlich 11% des Sanierungsaufwandes auf die Jahresmiete aufzuschlagen.

Dies wird in einem sich beschleunigenden Prozess von einzelnen Investoren z.B. in der Neckarstadt-Ost als Basis für „Luxussanierungen“ mit vollkommener Mieterverdrängung aus den betroffenen Mietshäusern genutzt.

Hinzu kommt die Tatsache, dass die Zahl der öffentlich geförderten mietpreisgebundenen Sozialwohnungen sich

in den letzten 20 Jahren fast auf ein Viertel reduziert hat (ca. 4.800) mit weiterhin abnehmender Tendenz.

Nachfrage: Die Zahl der Haushalte nimmt selbst bei stagnierender Einwohnerzahl zu, weil z.B. der Trend zum Single-Haushalt anhält. Der Zustrom von Migrant/innen entzieht sich den demografischen Prognosen, da er v.a. von politischen Entwicklungen abhängig ist. Schon ab nächstem Jahr hat z.B. ein Teil der südosteuropäischen Migranten Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Viele werden versuchen, in Mannheim eine Existenz aufzubauen. Die Verwaltung rechnet mit 2000 Personen allein aus Rumänien und Bulgarien.

Der Bedarf an preisgünstigen Wohnungen nimmt auch aufgrund der Einkommensentwicklung der Mannheimer Bevölkerung zu.

Hierüber gibt es keine genauen Zahlen. Jedoch ist davon auszugehen, dass sehr viele erwerbstätige Menschen im Dienstleistungsbereich und in unsten industriellen Beschäftigungsverhältnissen mit Quadratmeterpreisen von über 6,00 Euro (Nettokaltniete) überfordert sind. Auch eine Zunahme der Altersarmut wird von niemandem ernsthaft bezweifelt.

Insbesondere Frauen sind von den hier benannten Entwicklungen sind aufgrund ihres generell niedrigeren Einkommensniveaus und der daraus resultierenden geringeren Renten besonders betroffen. 44% der alleinerziehenden Frauen beziehen in Mannheim Leistungen nach SGB II.

Die steigende Nachfrage nach preisgünstigen Wohnungen bei gleichzeitiger Verknappung führt erheblichen Mietkostensteigerungen bis hin zu Mietwucher.

Auch für Menschen mit eingeschränkter Mobilität besteht ein Manko an geeignetem Wohnraum. Dies wurde gerade jüngst von der Verwaltung bestätigt indem sie feststellt: „Der tatsächliche verfügbare barrierefreie und barrierearme Wohnraum in Mannheim ist zum jetzigen Zeitpunkt derart gering, dass er den Aufbau einer gesonderten Beratungsstelle nicht rechtfertigt.“ (Info-Vorlage V178/2013).

Abschließend sei betont, dass sich die Intention dieses Antrags nicht gegen die Zielsetzung richtet, in Mannheim mehr gehobenen Wohnraum zur Bindung und Gewinnung hochqualifizierter und gut verdienender Bevölkerungskreise bereitzustellen. Nur darf die Situation am anderen Ende der Sozialskala keineswegs vernachlässigt werden.

Ein ausreichendes Angebot an bezahlbarem Wohnraum vermag auch junge Familien an Mannheim zu binden, die anderenfalls v.a. nach Rheinland-Pfalz umziehen, weil dort die Mieten niedriger und die Kitas gebührenfrei sind.

Thomas Trüper, Stadtrat

Kita-Besuch muss ohne Verschuldung möglich sein: HAMBURG. Die Fraktion Die Linke beantragt in der heutigen Bürgerschaftssitzung, Kita-Gebühren für Familien mit niedrigem Einkommen abzuschaffen. Die durch zahlungsunfähige Familien verursachten Schulden der Hamburger Kitas soll der Senat übernehmen. „Besonders Familien, die von Hartz IV und Niedriglohn betroffen sind“, weiß Mehmet Yildiz, familienpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft, „ist selbst der Mindestbetrag von 27 Euro sehr viel Geld, auch weil im Hartz IV-Regelsatz kein Geld für frühkindliche Bildung vorgesehen ist.“ Oft würden die betroffenen Familien vor die Wahl gestellt, ihre Kinder von der Kita abmelden oder sich finanziell weiter verschulden ...

www.die-linke-hamburg.de

Kostenlos Busfahren ist möglich: LÜBECK. „In der Hauptstadt von Estland, Tallinn ist es nun Realität geworden, was wir als Linke schon lange fordern: der Bus in der Stadt fährt für die Einwohner kostenlos. Tallinns Probleme sind ähnlich wie in Lübeck, kaputte Straßen, zuviel Verkehr, Luftverschmutzung und zu teuren Fahrpreise, nicht nur für die einkommensschwachen Familien. Tallin hat nun umgeschwenkt und den ÖPNV kostenlos gemacht.“ So sagt Ragnar Lüttke, Fraktionsgeschäftsführer der Linken in der Bürgerschaft. In kurzer Zeit ist der Verkehr in der Stadt Tallin um 15% gesunken und die öffentlichen Verkehrsmittel werden erheblich stärker genutzt. „Das Stichwort für uns ist der umlagefinanzierte ÖPNV, der so ähnlich funktioniert wie ein Semesterticket für alle. Kleinere Städte in Europa hatten bereits solche Finanzierungskonzepte umgesetzt ... Grund genug unser Konzept für den umlagefinanzierten ÖPNV auch für Lübeck zu prüfen. Quelle: der-standard.at/1363707098646/Wer-in-Tallinn-lebt-faehrt-gratis-mit-Oeffi <http://www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen>

Weichen für geförderten Wohnungsbau gestellt: NORDERSTEDT. Mit den Stimmen von SPD, CDU, GALiN und Die Linke beschloss die Stadtvertretung mehrheitlich bei der Ausweisung neuer Bebauungsgebiete zukünftig 30% der Wohnbauflächen für den geförderten Wohnungsbau zu sichern ... Die Berücksichtigung einer 30%igen Wohnbaufläche für geförderten Wohnungsbau soll in städtebaulichen Verträgen verpflichtend nach dem Baugesetzbuch (BauGB) vereinbart werden. Außerdem sollen die zurückfließenden Mittel der Landesförderung als Zuschüsse an die Bauträger verwendet werden. Dabei sollen bei der baulichen Umsetzung grundsätzlich am örtlichen Markt agierende Genossenschaften und Wohnungsbauunternehmen bevorzugt Berücksichtigung finden. Bisher wurden weder Genossenschaften noch

Wohnungsbaugesellschaften ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht, auch für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen.

www.infoarchiv-norderstedt.org

Antrag: Grundstücke der Stadtwerke zurückkaufen: MÜNCHEN. Der Stadtrat möge beschließen: Oberbürgermeister Ude und die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der Stadtwerke München werden beauftragt darauf hinzuwirken, dass die Stadtwerke nicht mehr benötigte Betriebsgrundstücke an die Stadt verkaufen, und zwar zum aktuellen Verkehrswert als Gewerbe- oder Industriegebiet. Ausgenommen werden Grundstücke, auf denen die Stadtwerke Werkwohnungen errichten wollen. **Begründung:** Die Stadtwerke München GmbH als Teil des „Konzerns Stadt“ wollen in den nächsten Jahren 500 eigene Werkwohnungen errichten, dies ist begrüßenswert. Allerdings ist nicht einzusehen, dass die Stadtwerke nicht mehr benötigte Grundstücke verkaufen für den „freien“ Wohnungsbau, der in der Regel zu nicht bezahlbaren Wohnungen führt. Schließlich wurde das Betriebsgelände bei der Ausgründung der Stadtwerke als „betriebsnotwendig“ von der Stadt an die Stadtwerke übertragen. Durch den Rückkauf nicht mehr notwendiger Betriebsgrundstücke erhält die Stadt die Planungshoheit zurück und kann, mehr geförderten Wohnraum erstellen, als von den Stadtwerken geplant. Oder andere Einrichtungen der sozialen oder kulturellen Infrastruktur bauen, die in den betroffenen Stadtvierteln noch nötig sein sollten. Durch den Kauf zum aktuellen Verkehrswert wird die Problematik einer verdeckten Gewinnausschüttung vermieden. www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Sparkassen sind für wirtschaftliche Entwicklung in den Landkreisen unentbehrlich: DRESDEN. DLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke hat heute beim Sparkassentag in Dresden ein Interview gegeben. Dabei machte er u.a. deutlich, dass es den Kommunen zwar im Bundesdurchschnitt finanziell besser gehe, dennoch die Haushalte von einem Großteil der Städte, Landkreise und Gemeinden weiterhin substanziell unterfinanziert seien, weshalb es grundlegender Neujustierungen bedürfe. In diesem Zusammenhang erlangten beispielsweise die Verabredungen zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpakts – vor allem mit Blick auf die Kosten der Eingliederungshilfe – Bedeutung, die die Kommunen zu einer „schwarzen Null“ ertüchtigen sollen. Obwohl die Sparkassen die finanzielle Situation der Kommunen nicht ändern könnten – was auch nicht ihre Aufgabe sei –, könnten sie einen sehr wichtigen Beitrag zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in ihrem jeweiligen Trägergebiet leisten. www.landkreistag.de/ (Zusammenstellung: ulj)

Gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit! – Das Prüfinstrumentarium EG-Check

In Deutschland klafft zwischen den Geschlechtern eine Lohnlücke von durchschnittlich 23 Prozent. Jedes Jahr wird dies erneut am Internationalen Frauentag beklagt.

In Europa zählt Deutschland mit einem relativ großen durchschnittlichen Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen zu den Schlusslichtern. Im EU-Durchschnitt beträgt die Gender Pay Gap derzeit 18 Prozent.

Ähnlich große Gehaltsunterschiede wie Deutschland weisen lediglich Tschechien (26 Prozent), Griechenland (22 Prozent), Österreich (25 Prozent) und die Niederlande auf (23 Prozent). Relativ gering ist die Lohnlücke hingegen in Italien (4,9 Prozent), Polen (9,8 Prozent) und Belgien (9,0 Prozent).

In der Schweiz müssen Firmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben, Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern nachweisen. In Deutschland bleibt es hingegen der Eigeninitiative der Privatwirtschaft überlassen, in wieweit sie sich um Gleichstellung kümmert. Wenn sich ein Unternehmen aus eigenem Antrieb einem Selbsttest unterzieht, muss es bei einer negativen Bewertung nicht handeln.

Diese im Durchschnitt niedrigeren Verdienste von Frauen werden meistens auf Ursachen wie z.B. kürzere Arbeitszeiten wegen Familienarbeit oder Berufsunterbrechungen zurückgeführt.

Die gegenwärtig verwendeten Verfahren der Arbeitsbewertung finden als das Einkommen bestimmende Faktoren hingegen kaum Beachtung. Dies dürfte vor allem an der nach wie vor weit verbreiteten Ansicht liegen, Arbeitsbewertung sei geschlechtsneutral, weil sie die Tätigkeit bewerte und nicht die Person, die sie ausübt.

Diskriminierungskritische Forscherinnen und Forscher haben als wichtige Ursache für diesen Verdienstabstand festgestellt, dass bei den unterschiedlichen Anforderungen, die bestimmten Berufen zugrunde liegen, mittelbar diskriminiert wird mittels der herkömmlichen Verfahren der Arbeitsbewertung. Berufe, in denen traditionell mehr Frauen als Männer arbeiten, werden in der Regel schlechter bewertet. Entgeltgleichheit ist nach der europäischen Gleichbehandlungsrichtlinie (RL 2006/54/EG) dann gewährleistet, wenn „bei gleicher Arbeit oder bei einer Arbeit, die als gleichwertig anerkannt wird, ... mittelbare und unmittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechts in Bezug auf sämtliche Entgeltbestandteile und -Bedingungen beseitigt“ worden ist. Tätigkeiten

von Frauen und Männern sind aber auch dann gleich zu bezahlen, wenn sie inhaltlich verschieden, jedoch hinsichtlich ihrer Anforderungen und Belastungen von gleichem Wert sind.

In der Gewerkschaft hat die Forderung „Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit“ lange Tradition. In der Gewerkschaft ÖTV wurde aufgrund verstärkten Drucks der weiblichen – und insbesondere der hessischen – Basis auf dem Gewerkschaftstag 1996 die „Aufwertungskampagne für Frauenberufe“ ins Leben gerufen. Ein 1997 in Auftrag gegebenes Gutachten unterzog den Bundes-Angestellten-Tarifvertrag (BAT) einer diskriminierungskritischen Prüfung. Das Ergebnis war, dass der BAT (seit 1961 in den Kommunen und im Bund bis heute Grundlage der Stellenbewertung, weil eine neue Entgeltordnung zum TVöD seit Jahren nicht umgesetzt ist) in mehreren Punkten nicht dem europäischen Recht entspricht. Zwingend vorgeschrieben ist, dass

... für alle Beschäftigten die gleichen Bewertungsmaßstäbe verwendet werden müssen. (Der BAT unterscheidet in einen allgemeinen Teil und zahlreiche Sonderregelungen für Erziehungs- und Pflegeberufe, Meister/innen, Techniker/innen...)

... nachvollziehbar sein muss, aufgrund welcher Kriterien die Entgeltdifferenzierung vorgenommen wird. (Besonders in Teil 2 wird nicht offen gelegt, nach welchen Kriterien die Zuordnung erfolgt)

... die verwendeten Bewertungskriterien geeignet sein müssen, der Art und dem Wesen einer Arbeit Rechnung zu tragen. Die Charakteristika von Dienstleistungsarbeit werden jedoch durch die BAT-Kriterien nicht berücksichtigt.

Die ÖTV gab ein Forschungsprojekt in Auftrag, um dem Diskriminierungsverdacht des Tarifvertrags weiter nachzugehen. Ein analytisches Arbeitsbewertungsverfahren aus der Schweiz (Analytische Bewertung von Arbeitstätigkeiten nach Katz und Baitsch = ABAKABA) wurde für das Projekt herangezogen, da es methodisch geprüft und praktisch bewährt war. Die in diesem Verfahren enthaltenen Bewertungskriterien deckten die Anforderungen und Belastungen in vier Bereichen ab: Neben dem intellektuellen (Wissen und Können) und dem physischen Bereich sowie dem Bereich der Verantwortung wurden auch die für Dienstleistungen besonders bedeutsamen psycho-sozialen Anforderungen berücksichtigt (z.B. Anforderungen an die Kommunikationsfähigkeit und das Einfühlungsvermögen, durch die Konfrontation mit Problemen und Leid anderer Personen und durch bewusst gesteuerte Umgangsformen). Vier berufliche Vergleichspaare wurden gebildet. Sie bestanden jeweils aus einer frauen- und einer männerdominierten Tätigkeit: Dipl.-Bibliothekar/in (FH) und Dipl.-Ingenieur/in (FH); Leitende MTA und (Gärtner-)Meister/in, Altenpflegerin und Techniker/in und

Zusammenfassung des Paarvergleichs zum anforderungsbezogenen Grundentgelt - Bewertung-Soll					
Anforderungen/Belastungen	Stufenzahl Tätigkeit	Stufenzahl Tätigkeit		Stufenzahl Tätigkeit	Stufenzahl Tätigkeit
1. Anforderungen an das Wissen und Können			2. Psycho-soziale Anforderungen		
1.1 <u>Fachkenntnisse und Fertigkeiten</u>	0	0	2. <u>Kommunikationsfähigkeit</u>	0	0
1.2 <u>Fachbezogene Zusatzqualifikationen</u>	0	0	1. <u>Kooperationsfähigkeit</u>	0	0
1.3 <u>Fachübergreifende Kenntnisse und Fertigkeiten</u>	0	0	2. <u>Einfühlungs- und Überzeugungsvermögen</u>	0	0
1.4 <u>vorausgesetzte fachliche Erfahrung in der Praxis</u>	0	0	3. <u>Belastende psycho-soziale Bedingungen</u>	0	0
1.5 <u>Planen und Organisieren</u>	0	0			
1.6 <u>Bewältigung von Arbeitsunterbrechungen</u>	0	0			
1.7 <u>Ununterbrochene Aufmerksamkeit und Konzentration</u>	0	0			
Zwischensumme 1.	0	0	Zwischensumme 2.	0	0
3. Anforderungen an Verantwortung			4. Physische Anforderungen		
3.1 <u>Verantwortung für Geld- und Sachwerte</u>	0	0	4. <u>Anforderungen an die Körperkraft</u>	0	0
3.2 <u>Verantwortung für die Gesundheit, das Wohlbefinden und die Sicherheit anderer</u>	0	0	4. <u>Anforderungen an die Bewegungspräzision</u>	0	0
3.3 <u>für die Arbeit anderer / Führung</u>	0	0	4. <u>Belastende arbeitszeitliche Bedingungen</u>	0	0
3.4 <u>für die Umwelt</u>	0	0	4. <u>Beeinträchtigende Umgebungsbedingungen</u>	0	0
Zwischensumme 3.	0	0	Zwischensumme 4.	0	0
Gesamtsumme der Stufenzahlen aus 1. bis 4. (ungewichtet)				0	0

Küchenhilfe und Straßenreiniger/in. Zusammengefasst führte die Bewertung der Vergleichspaare dazu, dass sich bei drei der vier Vergleichspaare die Wertigkeiten verschoben und zwar zugunsten der frauendominierten Tätigkeiten. Die Punktzahl der Altenpflegerinnen lag deutlich über derjenigen der Technikerinnen. Bei der Bibliotheks- und der Ingenieurstelle sowie den Stellen der Küchenhilfen und der Straßenreinigung bestand Gleichwertigkeit. Bei der Med.--techn.-Assistenz und der Gärtnermeister/in blieben die Wertigkeiten weitgehend gleich.

Was ist eg-check?

Das Instrumentarium „EG-Check“ wurde in der Tradition der gewerkschaftlichen Anstrengungen für die Aufwertung von Frauenarbeit entwickelt. Die Abkürzung „EG“ steht für Entgeltgleichheit.

Die Sozialwissenschaftlerinnen Dr. Karin Tondorf und Dr. Andrea Jochmann-Döll entwickelten, unterstützt durch die Hans-Böckler-Stiftung, den EG-Check als Prüf-Instrumentarium für die Wertigkeit von Berufen. Über www.eg-check.de unter „Downloads“ können Interessierte direkt auf die Instrumente zugreifen und diese nutzen. Bislang ist in Deutschland Entgeltgleichheit für Frauen und Männer zwar rechtlich geboten, die Einhaltung wird jedoch nicht kontrolliert. Mit dem EG-Check kann eine Ungleichbehandlung der Geschlechter beim Arbeitsentgelt sichtbar gemacht werden. eg-check.de zeigt die konkreten Ursachen auf und berechnet das finanzielle Ausmaß einer Benachteiligung. Ziel ist eine Prüfung des Entgelts nach den rechtlichen Vorgaben des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und des europäischen Rechts zur Entgeltgleichheit. Dies soll es Betriebs- und Personalräten, Tarifparteien, Gleichstellungsbeauftragten und nicht zuletzt Betroffenen ermöglichen, die Ergebnisse der Prüfung auch im Rahmen einer rechtlichen Klärung zu nutzen.

Der EG-Check kann natürlich auch bei vielen nicht unbedingt frauenspezifischen diskriminierenden Arbeitsbedingungen verwendet werden – z.B. bei Leiharbeit, oder anderen prekären Beschäftigungsverhältnissen verglichen mit regulärer Arbeit, für Ost- gegenüber Westarbeit, oder um verschiedene Berufe, in denen hauptsächlich Männer arbeiten, miteinander zu vergleichen und festzustellen, ob die Eingruppierung einer bestimmten Tätigkeit mit einer anderen vergleichbar ist.

Rosemarie Steffens

Quellen:

Verdi/ÖTV-Broschüre „Diskriminierungsfreie Bewertung von (Dienstleistungs-)Arbeit“, 2001 und www.eg-check.de

Mai-Demonstrationen im Vorfeld von Tarifauseinandersetzungen

Über 400 000 Menschen haben sich am 1. Mai an Veranstaltungen und Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes beteiligt. Unter dem Motto: 1 Mai: Unser Tag – Gute Arbeit, Sichere Rente, Soziales Europa wurden auch die anstehenden Tarifauseinandersetzungen im Metallbereich und dem Einzelhandel und regionale Auseinandersetzungen thematisiert. So wurde die NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft in Duisburg ausgepiffen. Die Landesregierung will das Gehalt für die Beamtenbezüge A 11 (ab 2678 Euro brutto Grundgehalt im

Monat) und A 12 in diesem und im nächsten Jahr jeweils nur um einen Prozentpunkt anheben und für Beamte mit A 13 (3.234 Euro) gar nicht. Das Tarifiergebnis sieht Anhebungen um 2,65 und 2,95 Prozent vor.

In München stimmte Orhan Akman, politischer Gewerkschaftssekretär von Verdi München und Ratsherr für die Linkspartei auf der zentralen Kundgebung auf die Tarifauseinandersetzungen im Einzelhandel ein.

Wir dokumentieren im Folgenden seine Rede.

Thorsten Jannoff

Orhan Akman bei der Eröffnung der Zentralen Maikundgebung des DGB in München

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Kapitalisten im Einzelhandel und ihre regionalen Arbeitgeberverbände haben Anfang des Jahres in einer konzentrierten Aktion fast alle tariflichen Regelungen mit Verdi aufgekündigt. Sie haben damit sämtliche Entgelt- und Manteltarifverträge – (mit Ausnahme von Hamburg) gekündigt und haben einen Generalangriff auf die Tarifverträge gestartet. Diese Kampfansage und der Angriff des Kapitals betrifft knapp drei Millionen Beschäftigte, überwiegend Frauen. Somit ist eine harte Tarifauseinandersetzung vorprogrammiert.

Wir sagen von hier aus: Wir nehmen diese Kampfansage gerne an und wir werden mit aller Kraft dem entgegenreten!

Diese Scheiß-Kapitalisten lügen dann auch noch wie gedruckt!

Mit populistischen Begriffen wie Modernisierung und Zukunftstauglichkeit der Tarifverträge tarnen sie ihr Vorhaben. Tatsächlich geht es ihnen ausschließlich darum, existenzielle Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten zu verschlechtern. Schlechtere Bezahlung und Eingruppierung, Verschlechterung bei der Arbeitszeitgestaltung sind nur einige Schlagworte.

Die Konzerne wollen die Zuschläge ab 18.30 Uhr streichen, sie wollen den Nachtzuschlag ab 20 Uhr kürzen. Somit wollen diese Kapitalisten den Weg ebnen, damit das Ladenschlussgesetz in Bayern gekippt wird. Die Konzerne im Einzelhandel wollen, dass die ganze Woche nur noch aus Werktagen be-

steht. Sie wollen, dass die Läden rund-um-die-Uhr öffnen. Und wir sagen dazu: Wer die Läden rund-um-die-Uhr öffnet, der kann nicht ganz dich sein. Hände weg vom Ladenschluss und von unseren Zuschlägen. Wer den Ladenschluss in Bayern anpackt und ändern will, der holt sich eine blutige Nase!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf dem Rücken der Beschäftigten soll der ruinöse Verdrängungswettbewerb und dieser Kannibalismus im Einzelhandel noch weiter angeheizt und die Preisschlachten der Großkonzerne im Einzelhandel finanziert werden. Der tarifliche Schutz soll auf das Niveau von prekärer Beschäftigung abgesenkt werden. In dieser Branche ist eine Vollzeitstelle mittlerweile fast ein Luxus. Es gibt im Einzelhandel mehr Teilzeit- als Vollzeitstellen. Jeder dritte Arbeitsplatz im Einzelhandel ist ein mittlerweile ein Minijob. Soviel zum Thema: Wir schaffen Arbeitsplätze! Das ist nicht nur eine weitere Prekarisierung der Branche, sondern damit ist auch die Altersarmut – allen voran für Frauen – vorprogrammiert. Damit muss endlich Schluss sein!

Doch damit nicht genug:

Seit Jahren begehen Konzerne und Unternehmen Tariffucht.

Dehner, Betten Rid, Kustermann, Beck, Loden Frey, XXXLutz, OBI, C&A, sind nur einige davon in München

Der Arbeitgeberverband im Einzelhandel propagiert seit Jahren die Mitgliedschaft ohne Tarifbindung

Die Konzerne haben die Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge ge-

killt. Und sie beschädigten damit die Flächentarifverträge.

Doch Kolleginnen und Kollegen, wir kämpfen seit Jahren sehr energisch gegen diese Angriffe des Kapitals. Wir kämpfen gegen die Tariffucht bei Dehner und anderen Betrieben. Wir kämpfen bei Amazon für die Tarifbindung.

Diese z.T. milliarden schweren Konzerne wollen die Beschäftigten im Einzelhandel mit Hungerlöhnen abspeisen. Aktuell arbeiten in der Branche rund 300 000 oder zwölf Prozent aller Einzelhandelsbeschäftigten für weniger als fünf Euro pro Stunde. Diese geizigen Kapitalisten haben für alles Mögliche Geld, aber wenn es um einen menschenwürdigen Lohn geht, sind ihre Kassen angeblich leer! Eine solche Entwicklung muss gestoppt werden. Ein gesetzlicher Mindestlohn muss auch deswegen her!

Am 7. Mai haben wir die erste Tarifverhandlung im bayerischen Einzelhandel. Die Forderungen von Verdi und der Beschäftigten im Einzelhandel sind klar:

- Der Manteltarifvertrag ist ohne eine Verschlechterung sofort wieder in Kraft zu setzen
- Wir wollen eine spürbare und reale Tarifierhöhung von 6,5% oder 140 Euro auf die Tabelle
- Wir wollen mindestens 90 Euro für die Azubis auf die Tabelle
- Wir wollen mehr Geld für die unteren Einkommensgruppen

Wir werden unsere Tarifverträge verteidigen!

Gerade für Beschäftigte im Einzelhandel sind existenzsichernde Mindestbedingungen durch Tarifvertrag unverzichtbar. Nur sie schützen vor dem ruinösen Verdrängungswettbewerb in der Branche. Der Tarifvertrag schützt nicht nur die Gehälter, sondern er schützt auch die Menschenwürde! Die Kolleginnen und Kollegen im Einzelhandel haben sich auf eine lange und harte Tarifrunde eingestellt. Wenn die Kapitalisten wegen unseren Forderungen rumgeizen und den Manteltarifvertrag ohne Verschlechterungen wieder zumachen, wird es sehr schnell zu heftigen Arbeitskämpfen kommen. Wir werden bereits in den ersten Mai-Wochen mit Streiks und Aktionen hier in der Region beginnen. Solidarität heißt, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Beschäftigten im Einzelhandel zu unterstützen. Sprecht bei euren Einkäufen die Beschäftigten an, zeigt ihnen eure Unterstützung und eure Solidarität. Geht nicht einkaufen in bestreikten Geschäften, deren Betrieb dann mit einigen wenigen Streikbrechern oder zwangsverpflichteten Werkvertragsbeschäftigten notdürftig aufrecht erhalten wird.

Heraus zum 1. Mai für gute Arbeit und gute Tarifverträge!

Mit Gaucken und Trompeten ... Der

HAMBURG. Der 34. Evangelische Kirchentag, das große Event evangelischer Religion in Deutschland, ist vorbei. Es waren weit über hunderttausend Menschen, die sich vom 1. bis zum 5. Mai dieses Mal in der Hansestadt Hamburg trafen, wo kaum noch 50% der Bewohner überhaupt einer Kirche angehören. Wird sich daran etwas ändern und zukünftig wieder mehr Fromme der sonntäglichen Predigt lauschen? Oder werden es wieder dieselben paar „Kanzelschwalben“ bleiben, bei denen der „Heilige Geist“ dauerhaft angekommen ist?

Eher ergeht es der Institution Kirche in dieser Welt nicht anders als dem „Tante-Emma-Laden“, in dessen Nähe ein moderner Supermarkt eröffnet. Aufgrund wachsender Mobilität und des technischen Fortschritts vor allem im Medienbereich ist das Angebot „sinnstiftender Weltdeutungen“ ins Unermessliche gewachsen. Jeder hat heute die Möglichkeit, sich über alles, was dieser Markt anbietet, zu informieren, gelegentlich zuzugreifen und wahlweise zu konsumieren. Und dieser Markt ist ein Wachstumsmarkt – ein Blick in die entsprechenden Regale der Buchhandlungen oder ins Internet bestätigt das. Die Angebote reichen vom Heiligen Franz von Assisi, der den Vögeln predigte und uns, so heißt es, Achtsamkeit gegenüber der Natur lehrt, bis zum all gegenwärtigen Dalai Lama, der entkernte Religion als Wellness-Oase anbietet.

Diese wachsende Pluralität geht einher mit einem zunehmenden Machtverlust der „institutionalisierten Religion“, also den verfassten Kirchen, als sozialer Kontrollinstanz dem Einzelnen gegenüber. Die Reputation des althergebrachten Bildes vom patriarchalisch agierenden Pfarrer ist dahin. Zumal jetzt auch Frauen vermehrt in die Talarschlüpfen und meist mit weitaus besserer sozialer Kompetenz deren Platz eingenommen haben.

Religiöse Ereignisse werden vorrangig als Event begangen. Zu ihnen reisen

von weither die Leute zu medial inszenierten Großveranstaltungen wie Kirchentagen an. Locker und offen organisiert lässt sich bei solchen Ereignissen wie dem Kirchentag das religiöse Wir-Gefühl herstellen. Darin stehen sie den großen Pop-musikalischen Ereignissen in nichts nach. Menschen, emotional ergriffen, gruppieren sich im religiösen Feld um charismatische, manchmal auch nur um einigermaßen prominente Personen. Menschen aber, die sich in diese religiöse Szene begeben, sind am Leben ihrer Herkunftsgemeinde kaum mehr interessiert. Zuhause bleibt die Kirche kalt und leer.

Events, so beschreibt es die Religionssoziologie, sind Veranstaltungsformen, die unterschiedlichste Erlebnisinhalte und Erlebnisformen zu einem Ganzen zusammenbinden. Sie bieten die Möglichkeit, die Erfahrung von „Einheit“, „Ganzheit“ und „Authentizität“ zu machen. Sie bieten Erlebnisformen an, die alle Sinne ansprechen. Erlebnis bedeutet hier, das „lebendige Ich“ zu spüren, das momentane Glücksempfinden, die den Alltag sprengende Erfahrung, das schöne Gefühl, den ultimativen Kick. Gesucht wird im religiösen Event die Wiederverzauberung der Welt, die von der kalten Rationalität der alltäglichen Lebenswelt entlastet.

Das alles war auf dem Evangelischen Kirchentag in Hamburg gut zu beobachten. Von Gauck bis Drewermann war politische und pastorale Prominenz vertreten, um sich daran zu beteiligen, sich meditativ politischen Themen scheinbar frei von institutioneller Strenge zu nähern. Unter Trompeten und Posaunenklang stimmte man sich feierlich ein. Die Welt da draußen musste da nur stören. Gelegentlich versuchter Protest wurden eher aufgesogen, als dass er kritisches Nachdenken und weltliche Distanz bewirkte.

Zwei Beispiele mögen das erläutern: Zum einen hatte Verteidigungsminister Thomas de Maizière, verantwortlich für



Protestaktion in der St. Michaelis-Kirche in Hamburg, als der Verteidigungsminister de Maizière im Rahmen des Kirchentages seine „Bibelarbeit“ hielt.

Kirchentag als religiöses Event

den Umbau der Bundeswehr zu einer internationalen Eingreiftruppe, nach unserer Zählung fünf Mal die Gelegenheit, für seine Politik auf dem Kirchentag zu werben. Sogar eine sogenannte „Bibelarbeit“ in der Hauptkirche St. Michaelis gehörte zu seinem erbaulichen Programm. Man mag es gar nicht glauben: Fast alles verlief in stiller Eintracht und Andacht. Etwa zwanzig Menschen der Deutschen Friedensgesellschaft DFG-VK, die das Plakat „Bundeswehr abschaffen“ entrollten, waren da schnell still gestellt. Kopfschüttelnd vermerkt die „Süddeutsche Zeitung“: „Vor Jahrzehnten hätte ein Verteidigungsminister auf dem Kirchentag noch Hallen voller Empörer gefüllt!“ Aber diesmal war es umgekehrt. „Wir finden es allarmierend, dass zahlreiche Besucher und Pfadfinder sich lieber als Hilfspolizei an die Seite des Kriegsministers stellen, als unsere Proteste zu unterstützen“, so empörten sich anschließend einige der Demonstrantinnen und Demonstranten.

Der zweite Fall betrifft die sehr in Medien beachtete Konfrontation, die zwischen Verdi, vertreten durch deren Vorsitzenden Frank Bsirske, und der Kirche und ihren Diakonischen Werken, repräsentiert durch den Kirchentagspräsidenten Professor Gerhard Robbers, stattfand. Hier verlief die Vereinnahmung durch christliches Denken erfreulicherweise nicht ganz so glatt. Der Herr Professor ist in seiner zivilen Hauptfunktion Verfassungs- und Kirchenrechtler an der Uni Trier. Für die Evangelische Kirche stellte er gleich richtig: „Wir sind kein stinknormaler Arbeitgeber.“ So sein Originalton. Das war seine Reaktion auf die Frage nach dem Streikrecht für 1,3 Millionen Beschäftigte in sozialen Berufen bei Diakonie und Caritas. Und weiter: Mitarbeiter, die das in kirchlichen Einrichtungen geltende Prinzip der Dienstgemeinschaft nicht mittragen können, sollen eben „woanders arbeiten“; so zitiert ihn der Deutschlandfunk.

Verdi-Vorsitzender Franz Bsirske rief bei dieser Podiumsdiskussion mit der Kirche und ihren „Diakonischen Werken“ zu mehr Lohngerechtigkeit auf. Die Kirche dürfe nicht das Recht haben, „auf dem Rücken der Beschäftigten Lohndumping zu betreiben und sich Wettbewerbsvorteile zu verschaffen“. Nach der Meinung von Bsirske ist das kirchliche Arbeitsrecht von dem im Grundgesetz garantierten Selbstbestimmungsrecht der Kirchen nicht gedeckt. Dies gelte für das Arbeitsrecht genauso wenig, wie für das Verteilen von Haschisch-Obolaten beim Abendmahl, so wird Bsirske mit einem drastischen Spruch zitiert. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Erfurt hat im November

2012 zugunsten des Selbstbestimmungsrechtes der Kirchen auch in Fragen des Arbeitsrechtes entschieden. Jetzt hat Verdi im April dieses Jahres angekündigt, Verfassungsbeschwerde gegen diese Entscheidung einzulegen. Durch die Entscheidung des BAG, so Verdi, „steht das Grundrecht aus Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz insgesamt auf dem Spiel“, weil das BAG das uneingeschränkt gewährte Grundrecht (nämlich das Koalitionsrecht und damit das Streikrecht) aus Sicht von Verdi unterbewertet hat und „das Organisationsrecht der Kirchen, im Rahmen der für alle geltenden Gesetze die eigenen Angelegenheiten selbstständig regeln zu können, über das Grundrecht stellt.“

Die Kirchen nennen ihre arbeitsrechtliche Konstruktion den „Dritten Weg“. Löhne werden, anders als im „Zweiten Weg“ der so genannten „freien Wirtschaft“, zwischen Arbeitgebern und -nehmern in paritätisch besetzten Kommissionen ohne Beteiligung der Gewerkschaften ausgehandelt und im Falle von Konflikten durch Schiedskommissionen entschieden. Dabei nehmen die Kirchen für sich das Privileg in Anspruch, Streiks und auch Aussperungen ausschließen zu dürfen, wie es ihnen durch das im Grundgesetz verankerte Selbstbestimmungsrecht der Kirchen zugesichert ist. Die Drohung, dieses Recht auch gegebenenfalls auf europäischer Ebene – auf der Basis religiöser unantastbarer Sonderrechte – einklagen zu wollen, zeigt die Verbissenheit, mit der der Kirchentagspräsident diesen Konflikt weiter betreiben will. Verdi hat sich in dieser Angelegenheit aber nicht vom Eventcharakter des Kirchentages einlullen lassen. Für linke, emanzipatorisch denkende Menschen in und außerhalb des Raumes der Kirchen ein wichtiges Thema. Für den Kirchentag selbst allerdings eine untypische Randerscheinung.

Ging es den meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Kirchentages doch weniger darum, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen: sie waren, wie die Religionspsychologie es ausdrückt, innen orientiert. Das „Erlebnis“ wird gesucht: als emotionaler, rein persönlicher Vorgang. Der verantwortungsvolle Außenbezug auf die Gesellschaft, ist zunehmend in den vergangenen Jahren verloren gegangen. Harte und lang andauernde Konflikte und Konfrontationen stören dabei. Sie holen den Menschen runter von der „religiösen Wolke sieben“. Aber das haben sie in ihrem Alltag doch zur Genüge!

Karl-Helmut Lechner

Quelle: Winfried Gebhardt „Die Transformation des Religiösen“ in Agathe Bienfait (Hrsg.) „Religionen verstehen“, Seite 177 ff

BDA zum Entwurf eines Entgeltgleichheitsgesetzes. BDA-Die Arbeitgeber, Mi., 13.2.13.

„Die Behauptung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dass mehr als die Hälfte des gesamtwirtschaftlichen Entgeltunterschieds zwischen Männern und Frauen auf Diskriminierung beruhe und dass unmittelbare sowie mittelbare Entgeltdiskriminierung in Deutschland Realität sei, entbehrt jeglicher seriöser Grundlage. So bestätigen wissenschaftliche Untersuchungen des DIW, des Stat. Bundesamtes sowie des IW, dass der überwiegende Anteil des gesamtwirtschaftlichen Entgeltunterschieds auf Faktoren zurückzuführen ist, die in individuellen Erwerbsbiografien begründet liegen. ... Zu diesen wissenschaftlich belegten Ursachen gehören folgende: Häufige Berufsunterbrechungen und daraus resultierend weniger Berufserfahrung sowie geringerer beruflicher Aufstieg aufgrund familiärer Verpflichtungen, aber auch aufgrund falscher Anreize für die klassische Alleinverdienerehe im Steuer- und Sozialversicherungsrecht. Die durchschnittliche Dauer einer familienbedingten Erwerbsunterbrechung bei Frauen beträgt in Deutschland vier Jahre und 8 Monate. Der geringe Anteil von Frauen in Führungspositionen ... 46 % aller abhängig beschäftigten Frauen arbeiten in Teilzeit und oft in geringem Stundenumfang ... Frauen wählen häufig unterdurchschnittlich bezahlte Berufe und bevorzugen kleinere Unternehmen, in denen das Entgeltniveau unterdurchschnittlich ist. ... Frauen haben eine geringere Mobilität.“

HDE lehnt Abgabepflicht für Plastiktüten ab. FAZ, Frei., 12.4.13. Um der Verschmutzung der Meere durch Plastikmüll entgegenzuwirken, fordern die Grünen eine Abgabe pro Plastiktüte von 0,22 € von den Unternehmen. Die Folgen einer Bezahlpflicht wären lt. HDE erheblich. Sie entspräche einer Summe von 1,2 Mrd. €. Insgesamt werden in Deutschland über 5 Mrd. Plastiktüten verwendet. „Eine Abgabe ist schnell gefordert, sie wird das Müllproblem in den Meeren aber nicht beseitigen“, so der HDE-Geschäftsführer Falk.

Mindestlohn im Friseurhandwerk. FAZ, Mi., 23.4.13. Ab August 2013 soll im Friseurhandwerk der Mindestlohn gelten, nachdem er für allgemeinverbindlich erklärt wurde. Der Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes des Friseurhandwerks, R. Röhr erklärte: „Ich bin trotz der wirtschaftlichen Probleme, die dadurch in manchen Bereichen eintreten werden, sicher, dass wir so auch bessere Mitarbeiter bekommen können.“ Der Mindestlohn soll im Osten mit 6,50 € und im Westen mit 7,50 € beginnen und bis 2015 auf 8,50 € erhöht werden.

Zusammenstellung: rst

„Butter bei die Fische!“

Heinz Wieser, 1955 in Kiel geboren, ist Keramiker und Betriebswirt. Er führt die Liste der Linken an, die für die Kieler Ratsversammlung am 26. Mai 2013 kandidiert. Seine persönliche Wahlaussage ist: „Profit geht vor und die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern haben hinten an zu stehen. Mit der Schuldenbremse haben CDU, SPD, FDP und Grüne sich selbst in die politische Handlungsunfähigkeit manövriert. Die negativen Auswirkungen einer solchen Politik erleben derzeit die Menschen im südlichen Europa. Auch bei uns in Schleswig-Holstein werden in jeder einzelnen Kommune massive Kürzungen zu erwarten sein, auf Kosten der Bevölkerung und zugunsten von Investoren. Dem gilt es entschieden entgegenzutreten.“

Im Interview am 12. April 2013 mit den „Politischen Berichten“ erläutert Heinz Wieser seine politischen Vorstellungen. Das Gespräch führte Edda Lechner, Norderstedt.

PB: Kiel ist als Landeshauptstadt mit 230 000 Einwohnern die größte Stadt in Schleswig-Holstein. Als Spitzenkandidat der Linken willst du mit weiteren sieben GenossInnen am 26. Mai 2013 wieder in das Kieler Rathaus einziehen. Welches sind Eure Wahlkampfthemen?

Heinz Wieser: Unsere Schwerpunkte sind die Forderungen nach bezahlbarem Wohnraum, nach einem Mobilitätsticket und nach bezahlbaren Energiepreisen. Hinzu kommen Themen wie der Ausbau der Bürgerbeteiligung und natürlich alles zu den Themen Hartz IV und prekäre Beschäftigung. Der Sanierungsstau an den Schulen ist ein großes Problem in Kiel. Also ist das Wahlkampfthema, wie jedes städtische Problem. Und davon gibt es leider mehr als genug.

PB: Kiel ist Kriegshafen und eine Stadt der Rüstungsindustrie: Wenige hundert Meter von Eurem Büro werden die modernsten U-Boote gebaut. Ist das Euer Thema? Was kann linke Kommunalpolitik leisten, damit aus Kiel eine Stadt der Produktion für den Frieden wird?

Heinz Wieser: Als einzige Friedenspartei lassen wir dieses Thema bei keinem Wahlkampf aus. Die Rüstungsindustrie hat in Kiel eine lange Tradition. Es gibt über 30 Betriebe, die fast ausschließlich für die Rüstung arbeiten, mit schätzungsweise 6000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Der größte Arbeitgeber ist die Werft HDW mit ihren super modernen U-Booten. Weiter sind es vornehmlich nautische, also Marine bezogene



Heinz Wieser und Edda Lechner beim Interview im Büro der Linken in Kiel Gaarden.

Hightech-Produkte, wie zum Beispiel Sonar-Entwicklungen, die hier hergestellt werden. Raytheon-Anschütz z.B. stellt Kreisel-Kompass her, die natürlich auch in der normalen Schifffahrt zu verwenden sind. Aber auch diese Firma hat an die 80 % rüstungsbezogene Fertigung.

Das Thema „Rüstungsindustrie“ ist für uns Linke ein Thema der „Konversion“. Leider ist das Thema heute weitestgehend degeneriert. Wenn heute von Konversion geredet wird, geht es immer nur um die Liegenschaften der Bundeswehr, dazu gibt es sogar extra einen „Bundesbeauftragten für Konversion“.

Was wir unbedingt brauchen, ist wieder eine echte Konversions-Debatte. Wie kann man diesen Industriezweig in zivile Nutzung umfunktionieren? Antworten findet man dazu nicht an Stammtischen, deshalb haben wir in Kiel zur Konversion einen Vorschlag gemacht. Konversion der Produktion muss als Forschungsprojekt richtig vorangetrieben werden, als institutionalisierte Forschung. So eine Forschung wird sicher sehr teuer sein. Da ist unsere Idee, dass das mit 5 % des Umsatzes von der Rüstungsindustrie selbst zu bezahlen wäre. Wir glauben, dass damit enorme wirtschaftliche Perspektiven erschlossen werden können. Die Stadt muss sich mehr einbringen in diese Diskussion, am besten gemeinsam mit der IG Metall.

PB: Kiel ist eine Stadt mit Menschen



vieler Kulturen und Völker: Wie kann Politik der Linken das Zusammenleben in der Stadt verbessern und wer hilft euch dabei?

Heinz Wieser: Wir haben hier in Kiel 62 000 Migrantinnen und Migranten: Da gibt es die Alevitische Gemeinde Kiel, die Türkische Gemeinde Kiel, den Arabischen Kulturverein Kiel sowie die Deutsch-Kurdische Gesellschaft, um nur einige beispielhaft zu nennen. Sie selbst sind die kommunalen Akteure der Integrationsarbeit und sie machen eine gute Arbeit. Diese Organisationen sind gut in Kiel vernetzt. In jüngster Zeit auch mit uns, da hat die Kreispartei einiges geleistet. Wir wollen solche Organisationen nicht instrumentalisieren, wir unterstützen Sie in ihrer Integrationsarbeit, wo immer es geht. Einige dieser Organisationen sind „links-affin“, das heißt, sie haben Zugang zu linker Politik. Viele von ihnen haben ja durch eigenes Leid erleben müssen was Unterdrückung und Diskriminierung bedeutet. Wenn wir uns für Antidiskriminierung und Integration einsetzen, dann bitte mit den Betroffenen gemeinsam. Dazu gehört Vertrauen, Respekt und vor allem Glaubwürdigkeit. Das gilt besonders auch im Umgang mit jenen Gruppen, die noch nicht so gut organisiert sind, wie den Flüchtlingen. Hier muss es zu einer Willkommens-Kultur kommen, die vermittelt, kein Mensch wird allein gelassen, kein Mensch ist illegal.

PB: Kiel ist eine sozial gesplante Stadt. „Die Stadt darf man nicht den Besitzenden überlassen“, ist eine Forderung linker Politik. Die Zahl derjenigen, die ihre vier Wände nicht mehr bezahlen können, geht auch in Kiel in die Zehntausende. Kannst du als linker Kommunalpolitiker da etwas bewegen?

Heinz Wieser: Wir haben in Kiel 131 000 Wohnungen und 138 000 Haushalte. Da sieht man schon, es fehlen auf den ersten Blick mehrere tausend Wohnungen. Weitaus mehr fehlen, wenn man nach bezahlbarem Wohnraum fragt. „Baut Wohnungen!“ fordern wir und als einzige Partei in Kiel eine städtischen Wohnungsbaugesellschaft mit

eigenem Wohnungsbestand. Die KWG (Kieler Wohnungsbaugesellschaft) ist 1999 von unserem damaligen Oberbürgermeister Gansel, SPD, das waren über 11000 Wohnungen, komplett verkauft worden. Jetzt hat die Stadt noch ganze 200 davon. Damit gab die Stadt ein Wohnungsmarktpolitisches Instrument aus der Hand. Ziel muss sein, dass die Stadt mindestens wieder über 12000 eigene Wohnungen verfügt. Das geht nicht von heute auf morgen, aber es muss dringendst jetzt damit begonnen werden. Erst ab dieser Größenordnung hat die Stadt wieder Einfluss auf die Mietpreisentwicklung und auf den Wohnungsmarkt. Mit Erhaltungssatzungen, die den Milieuschutz stärken und dem Ausmaß an Leerständen begegnen, gibt es noch weitere städtische Lenkungsinstrumente, die auch der sozialen Spaltung innerhalb der Stadt entgegenwirken können.

Kiel hat an die 750 Millionen Euro im Haushalt und zahlt davon jährlich fast 70 Millionen Euro, also ungefähr 10 %, über KdU-Zahlungen (Kosten der Unterkunft) an die private Wohnungswirtschaft. Einer dieser Heuschrecken, die die Masse der Kieler Wohnungen besitzen, ist ein Mailänder Hedgefond, der so jeden Monat über 2 Millionen Euro von der Stadt Kiel überwiesen bekommt. Ein absolutes Unding und es ist seinerzeit auch eindringlich davor gewarnt worden, die KWG zu verkaufen. Heute sitzen die Entscheider von damals zum größten Teil immer noch in der Kieler Ratsversammlung und reden von „Fehlern aus heutiger Sicht“. Diese Art der Ausreden werden wir noch häufiger zu hören bekommen. Unsere Aufgabe muss es sein, dies zu skandalisieren und öffentlich zu machen.

Und hier der Link zur Zeitung „Info Die Linke.SH“ zur Kommunalwahl.
[Http://www.linke-sh.de/partei/strukturen/landesrat/landes_info/](http://www.linke-sh.de/partei/strukturen/landesrat/landes_info/)

PB: Die Erfahrungen aus vier Jahren Kommunalpolitik in Schleswig-Holstein zeigen, Die Linke wird von den übrigen Parteien eher „geschnitten“ als akzeptiert. Gibt es überhaupt Gemeinsamkeiten mit anderen Parteien, dass sich das künftig ändern könnte? Was erwartet nach deiner Meinung der „linke“ Wähler, die „linke“ Wählerin von euch Abgeordneten?

Heinz Wieser: Wir haben in Kiel eine sehr machtbewusste und ziemlich eingebilddete SPD. „Kiel ist eine SPD-Stadt“, „Kiel ist rot“ – so tönen sie. Dazu gesellt sich eine Grüne Partei, die nach meinem persönlichen Empfinden sehr technokratisch aufgestellt ist. Die haben zwar junge Leute für ihre Ratsliste dazu bekommen. Eine 22-jährige junge Frau führt die Liste der Grünen in Kiel jetzt an, aber im Grunde sind das Leute da, die sich nur an den sogenannten „Sachzwängen“ orientieren, also ziemlich „rechts“, wenn ihr so wollt, im Vergleich zu Grünen anderenorts. Die Kieler Grünen haben in der Wahlperiode 2003 bis 2008 hier mit der CDU zusammen regiert. Das traue ich denen auch jederzeit wieder zu, dass die wieder wechseln, inhaltlich kein Problem für die Kieler Grünen.

Die machtbewusste Kieler SPD will uns im Grunde weg haben. Überflüssig sind wir für Sie. Die „brauchen wir hier gar nicht“, „dafür gibt es ja uns“. Das ist die Politik, die die mit uns fahren. Das ist in der Ratsversammlung so zur Tagespolitik geworden. Anträge von uns wurden ignoriert oder belächelt. Waren sie gut, dann hat man sie natürlich trotzdem

abgelehnt und vier Wochen später mit ein paar Umformulierungen wieder als eigenen Antrag eingebracht. Das sind so die parlamentarischen Spielchen. Kooperation mit denen? Nein, das sehe ich hier in Kiel überhaupt nicht. Es liegt aber nicht nur an der SPD, es liegt auch an uns. Wir sind nicht bereit, unter diesen Bedingungen hier mitzuregieren. Wir haben uns vorgenommen, die Regierenden, egal wer es macht, beim Wort zu nehmen. Das soll der Slogan „Butter bei die Fische!“ zum Ausdruck bringen: Klartext muss endlich geredet werden. Man darf ihnen nicht mehr erlauben, in ihr „Politiker-Blabla“ zu verfallen und immer nur auszuweichen. Man muss sie zwingen, und das können wir glaube ich auch, Klartext zu reden. Und wenn diese Politiker die Schulen mit ihrer Schuldenbremsen-Politik nicht sanieren können, dann müssen sie es eben öffentlich zugeben. Man muss diese ganze Schuldenbremsen-Politik öffentlich ad absurdum führen. Das haben wir uns vorgenommen. Deshalb kann für uns eine Zusammenarbeit auch gar nicht infrage kommen.

PB: Was willst Du der Wählerin und dem Wähler noch unbedingt sagen?

Heinz Wieser: Mit „Butter bei die Fische!“ sagen wir den Leuten: „Ihr werdet von der herkömmlichen Politik belogen“. Und: „Wir sind anders und wir werden euch nicht belügen“. Wenn uns das gelingt, ist viel erreicht.

PB: Ich bedanke mich für das Gespräch!

Linke Landesparteitag Bayern stellt Bundestagsliste auf und beschließt Landtagswahlprogramm

Am Sonntag, den 21. April, stellten die Delegierten des bayerischen Landesparteitags die Landesliste der Linken für die Bundestagswahl auf. Bei der letzten Wahl errang die bayerische Linke sechs Mandate. Dementsprechend wurde über die ersten sechs Plätze der Landesliste in Einzelwahl entschieden. Gewählt wurden Klaus Ernst (Platz 1, wie 2009), Eva Bulling-Schröter (Platz 2, wie 2009) Nicole Gohlke (Platz 3, 2009 auf Platz 5). Harald Weinberg (Platz 4, wie 2009), sowie auf Platz 5 Nicole Fritsche (neu) und auf Platz 6 Manfred Seel (neu).

Die 2009 auf Platz 3 gewählte Abgeordnete Cornelia Möller hatte aus persönlichen Gründen auf eine erneu-

te Kandidatur verzichtet. Alexander Süßmaier, der 2009 auf Platz 6 noch ein Mandat erhalten hatte, scheiterte mit seiner Bewerbung auf Platz 4 der aktuellen Liste. Die Umfragewerte für die Linke Bayern für die Wahl zum Bundestag schwanken Anfang des Jahres zwischen 3% und 5%. Den sechs Mandaten der Wahl 2009 hatte ein Zweitstimmenergebnis von 6,5% zu Grund gelegen.

Eine Woche vor den Bundestagswahlen am 22. September sind in Bayern die Wahlen zum Landtag und zu den Bezirkstagen terminiert. Vor fünf Jahren verfehlte die bayerische Linke den Einzug in den Landtag mit 4,4%, da bei den Regierungsbezirken die 5%-Klausel

nicht gilt, konnten in einer Reihe von Bezirken Mandate errungen werden. In Oberbayern wird die Liste zum Bezirkstag von Beate Jenker angeführt, die vor fünf Jahren zusammen mit Prof. Dr. Klaus Weber gewählt worden war. Klaus Weber kann sich aus persönlichen Gründen nicht erneut bewerben. Der Wahlkampf zum Bundestag und zu den Bezirkstagen wird ganz klar um Mandate geführt. Im Landtagswahlkampf – die Umfragewerte schwanken zwischen (–) und 3 Prozent – kommt es vor allem darauf an, Defizite bei der Entwicklung linker Landespolitik aufzuholen. Dementsprechende Anstrengungen finden sich im Landtagswahlprogramm wieder, das nach

einem langen unter Beteiligung der Partei und der Öffentlichkeit geführten Arbeitsprozess, am Samstag, den 23. April, zur Entscheidung vorlag.

In der Sachdiskussion zeigten sich zwei Konfliktfelder. Am Punkt Regional- und Strukturpolitik stellt sich die Frage, ob und wie weit sich die Partei auf die Entwicklung von Alternativen einlassen kann oder soll. Strittig ist auch die Gestaltung der Beziehungen zwischen Politik und Bekenntnis.

Thema Regional- und Strukturpolitik – Differenzen in der Beurteilung der Beziehung von Wirtschaftsordnung und politischen System

In der vom Landesvorstand eingebrachten Vorlage (Sachbearbeitung Brigitte Wolf, Stadträtin in München und auf Listenplatz 1 der Landtagsliste für Oberbayern gewählt) stieß der Satz „Die Marktwirtschaft lebt von Bedingungen, die sie selbst nicht schaffen kann“ auf Ablehnung eines erheblichen Teils der Delegierten, die in dieser Bestimmung eine Entschärfung linke Kritik an der Marktwirtschaft sahen. In diesen Sinne suspekt war ihnen auch die Darstellung der aktuellen Entwicklungskrise bayerischer Strukturpolitik, die zunächst einräumt, dass diese, vor allem von der CSU bestimmte Politik – Typus „Zentrum zieht die Peripherie mit“ –, in der Nachkriegszeit durchaus funktionierte, jetzt aber nicht mehr. Ein im Sinne dieser Kritiken buchstäblich in letzter Minute eingebrachter Alternativentwurf blieb allerdings in der Minderheit. Damit hat die Linke in Bayern den Anspruch erhoben, auch im Wahlkampf die Kritik am politischen Gegner durch Präsentation von Alternativen zu führen. Ein Beispiel dafür bietet die Forderung nach Ausgleich mit den tschechischen Nachbarn, (die auch Eingang in die Präambel des Wahlprogrammes gefunden hat); in dem Kontext hätten auch die ostbayerischen Randzonen eine Chance, lebendige Verbindungsräume und Vermittlungsräume zu werden.

Für die Entscheidung der Delegierten war von erheblicher Bedeutung, dass die scharf formulierten Kritiken des Gegenentwurfs nicht zu handfesten Alternativen gefunden hatten.

In Bayern stehen im März 2014 Kommunalwahlen an. Hier ist es ganz besonders wichtig, aus globaler Kritik konkrete Alternativen zu erarbeiten. Das ist auch der Weg zu vertiefter Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Initiativen, die besonders auf dem Gebiet der Strukturpolitik in so reicher Zahl vorzufinden sind und die Bündnispartner in den Institutionen suchen.

Linker Kulturkampf?

Die Trennung von politischer Orientierung und Bekenntnis ist in den linken

Parteien keine Selbstverständlichkeit. Das glatte Gegenteil ist Tradition. So z.B. der bekennende Atheismus, der aus dem 19. Jahrhundert ins 21. herüberraagt und sich damals als Emanzipationsbewegung gegen das Bündnis von Thron und Kirche richtete. Wenn aber heute eine Parteitagsmehrheit aus engagierten Tierschützern und selbstsicheren Laizisten das Verbot des Schlachtens ohne vorherige Betäubung fordert, richtet sich der Stoß gegen Religions- und Bekenntnisgemeinschaften, die keineswegs mit der Staatsmacht verschwistert sind. Heute geht es eher um die Bereinigung abweichenden Verhaltens von Minderheiten durch staatliche Machtmittel. Dafür braucht es einen rechtfertigenden Grund. Man muss sich ernstlich die Frage stellen, ob Haltung und Schlachtung von Tieren entsprechend den Hygienevorschriften des Islam bzw. des Judentums als grausam bezeichnet werden dürfen. Das geltende Recht bestimmt, dass diese – genau geregelten, zeitlich aufwändigen und mithin teuren – Ver-

fahren der Schlachtung auf Antrag und unter Kontrolle zulässig sind. In allen Kulturen wird das Problem der Schlachtung von Lebewesen zum Verzehr problematisch empfunden. Es hat natürlich etwas Entlastendes, in einem Land mit Massentierhaltung und industrialisierten Schlachtprozessen mit dem Finger auf abweichende Verfahren zu zeigen.

Leider gescheitert ist auch der Versuch, die Berechtigung der Präsentation von Sakralbauten im Landtagswahlprogramm zu verankern.

Angeichts der Bedeutung, die aggressiver Tierschutz, gezielte Hasspropaganda gegen das Schlachten nach islamischen bzw. jüdischen tradierten Vorschriften sowie die Mobilisierung gegen Moscheebauten in Gedankengut und Kampagnen der extremen Rechten hat, wird sich zeigen, dass die Kritik an diesen Nazikampagnen nur in Abweichung von dieser Beschlusslage möglich ist. – So wird es dann hoffentlich auch kommen.

Martin Fochler

Ikenna Onukogu für 6 Wochen gesperrt. Mit diesem Urteilsspruch kann keiner wirklich gut leben

Am 4. April hat die Bezirksspruchkammer des Fußballverbands Niederrhein e.V. entschieden, den Fußballspieler Ikenna Onukogu von Hertha Hamburg für 6 Wochen zu sperren: Onukogu hatte beim Spiel gegen Dostlukspor Bottrop im März 2013 eine Flasche in eine Gruppe von Zuschauern geworfen. Nur diese Tatsache war Gegenstand der Sportgerichtsverhandlung. Zuvor hatte der Verband betont, „unvoreingenommen die Rassismusbewertungen aufklären“ zu wollen – „Neger“, „Nigger“, „Affe“ soll direkt hinter dem Tor von hämischen Bottropfans skandiert worden sein – diese Rassismusbewertungen spielten aber bei dem Spruch der Kammer keine Rolle. Im Gegenteil: die Vorwürfe gegen Dostlukspor wurden fallengelassen, das Spiel zugunsten Dostlukspor gewertet. „Wir möchten hiermit unsere große Enttäuschung über diese Entscheidung zum Ausdruck bringen. Ikenna Onukogu fühlt sich von der Bezirksspruchkammer unverstanden und empfindet ihre Entscheidung als zutiefst ungerecht“, so ein Offener Brief von Spieler, Trainer und Vereinsvorsitzenden. Trotz dreier Zeugen und der Aussage von Onukogu selbst, waren die rassistischen Pöbeleien nicht Gegenstand der Befragung durch die Richter. Diese Art Gerichtsbarkeit steht neben dem Rechtssystem der Gesellschaft, greift aber tief in das Sportgeschehen ein. Ein erkennbares

und ernsthaftes Interesse an dem Geschehen auf und am Spielfeld wären ein gutes Zeichen gewesen seitens der Herren im Sportbezirksgericht. So dürfen sich diejenigen bestärkt fühlen, die ein gesellschaftliches Klima der Ausgrenzung, Herabminderung und Verachtung wollen und den Sportplatz als rechtsfreien Raum für Rottenbildung und Gewalttaten benutzen. Die Opfer sind willkürlich: Spieler, Schiedsrichter, Fans der anderen Mannschaft, Zuschauer – mal mit, mal ohne rassistische Komponente. Auch dass Onukogu eine Flasche geworfen hat (egal woher sie kam) ist ein Indiz für eine Stimmung, die eher auf Übergriff denn auf Zurückhaltung zählt. Entsetzlich ist, dass sich diese Verrohung bereits und gerade auf den untersten Ebenen in den Sportligen abspielt. Dass dagegen etwas unternommen werden kann, hat ein Bezirk des Südbadischen Fußballverbandes am vorvergangenen Wochenende gezeigt: nahezu alle Spiele südlich von Freiburg von der Bezirksliga abwärts sind abgesagt worden, 123 Partien. „Gewalt gegen Schiedsrichter, Beleidigungen, Anfeindungen auf und neben dem Platz, Probleme der Mannschaften untereinander“ – es ist zuviel geworden. Im Sport auf allen Ebenen muss Respekt und Nicht-Diskriminierung fester Bestandteil des Selbstverständnisses werden. Eine hehre Aufgabe, aber es lohnt sich. *Eva Detscher*

Quellen: Spiegel online 11.4.2013, WAZ 4.4.2013, BNN 27.2.2013, Offener Brief von Ikenna Onukogu u.a. vom 11.4.2013

Rezensiert: Macht und Verantwortung. Der Ruhrbaron Paul Reusch

Eine spannendes Stück Wirtschaftsgeschichte

Von Peter Langner, seit 2005 Vorsitzender der Historischen Gesellschaft Oberhausen, ist im Essener Verlag Klartext eine kritische, ungemein akribische Biografie über Paul Reusch, den langjährigen Vorstandsvorsitzenden der Gutehoffnungshütte (GHH), erschienen. Im Klappentext des über 780 Seiten umfassenden Werkes schreibt der Verlag: „Das Buch widerlegt die Legende von Paul Reusch als Widerstandskämpfer und konsequenten Gegner des Nationalsozialismus. Es geht der Frage nach, welche Mitverantwortung dieser mächtige ‚Ruhrbaron‘ übernehmen muss für die Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – für den Ersten Weltkrieg, für die Zerstörung der Weimarer Republik, für die Barbarei des Dritten Reiches und für den Zweiten Weltkrieg.“

Tatsächlich ist dem Autor mehr als das gelungen. Anhand einer Fülle von Quellen über das Wirken von Paul Reusch hat er ein Stück Wirtschaftsgeschichte des Ruhrgebiets plastisch beschrieben. Langner beginnt mit der Stellung der GHH als eher kleinem Konzern im Besitz der Haniel-Familie vor dem ersten Weltkrieg, verglichen mit den damals dominierenden Montankonzernen wie Krupp, Stinnes, Thyssen & Co., schildert die Städtekonkurrenz zwischen Oberhausen, Essen, Duisburg und anderen Montanstädten im Ruhrgebiet ebenso wie das frühe Mitwirken des Konzerns an den aggressiven Annexionsbestrebungen der Montanindustrie gegenüber Frankreich, Belgien und den Eisenerz- und Kohlegruben in diesen Ländern, den vergeblichen „Griff nach der Weltmacht“ (Fritz Fischer), den diese Industriegiganten des frühen 20. Jahrhunderts gemeinsam mit den ostelbischen Junkern, dem Kaiser

und der Heerführung unter Hindenburg und Ludendorff unternahmen. Er schildert die Aktivitäten des Konzernchefs vor und nach dem 1. Weltkrieg gegen Gewerkschaften und SPD, gegen die „Rote Ruhrarmee“ nach dem 1. Weltkrieg ebenso wie den Schwenk von der (im 1. Weltkrieg gescheiterten) vertikalen Integration in vorgelagerte Stufen durch den Raub von Erz- und Kohlelagerstätten zur Expansion in nachgelagerte Fertigungsstufen (Werften, Maschinenbau).

Der Kauf von Unternehmen wie der Deutschen Werft in Kiel und Hamburg und der MAN in Bayern, finanziert aus Kriegsgewinnen, markierte für die GHH den Aufstieg von der zweiten in die erste Reihe der deutschen Montankonzerne und für Paul Reusch den Aufstieg zu einem der führenden deutschen Montanindustriellen. Der Leser erfährt von den Nord-Süd-Konflikten beim Erwerb der MAN durch die GHH und wie Paul Reusch diese Konflikte unterdrückte, indem er süddeutsche Zeitungen, die das Vordringen seines Konzerns über die „Mainlinie“ kritisierten, gleich mit kaufte und so auf seinen „Kurs“ brachte.

Jahrelang gestaltete Reusch in der Weimarer Zeit die oft gegnerische „Linie“ der Montanindustrie gegen die Weimarer Republik, kämpfte gegen SPD und Gewerkschaften, gegen Parlamentarismus, Betriebsräte und den 8-Stunden-Tag mit allen Mitteln. Zeitlebens war Reusch Anhänger eines autoritären, antidemokratischen Staats, hoffte auf einen neuen Kaiser oder, wenn das schon nicht möglich war, auf ein autoritäres, von Industrie, Reichswehr und Junkern gestütztes präsidiales System, dass die ihm zeitlebens verhassten Errungenschaften der



Peter Langner, *Macht und Verantwortung. Der Ruhrbaron Paul Reusch.*

783 Seiten, Klartext-Verlag, Essen, Oktober 2012.

Weimarer Republik wie den 8-Stunden-Tag, Gewerkschaften und Ansätze einer Arbeitslosenversicherung wieder zunichte machen sollte.

Herausgekommen ist ein spannendes Stück Industriegeschichte des Ruhrgebiets, das gerade auch die speziellen Themen der Montanindustriellen und damit die Spannungen innerhalb des Dachverbandes der Deutschen Industrie (z.B. Schutzzollpolitik statt Freihandel, wie ihn Konzerne wie Siemens, Bosch, die AEG und die IG Farben vertraten) detailliert ausleuchtet. Auch die engen Kontakte, die Paul Reusch mit antidemokratischen Schriftstellern wie Oswald Spengler, mit Reichskanzler Luther, später mit Brüning und von Papen und mit den Spitzen der Reichswehr und der Marine pflegte, werden detailliert beschrieben.

Die Ära Reusch endete – auch auf Druck der Nazis, die dem verbohnten Autokraten an der Spitze der GHH schon kurz nach ihrem Machtantritt die Grenzen seiner Macht demonstrierten – 1942, nach fast 33 Jahren Alleinherrschaft an der Spitze der GHH. Wer die Biografie dieses Ruhrbarons gelesen hat, versteht, warum nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Alliierten und später selbst die CDU-geführte Bundesregierung, auch unter dem Druck der Gewerkschaften, eine solche autokratische Machtzusammenballung in der Montanindustrie nie wieder zulassen wollten und mit Entflechtung, Demontage, der „Montanunion“ in Europa und der Montanmitbestimmung nach innen eine Wiederholung solcher Konzernpolitiken und -Politiker ein für alle Mal beendeten.

Rüdiger Lötzer

Aus Wikipedia: Gutehoffnungshütte. „Die Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb (kurz GHH) war ein bedeutendes Montan- und Maschinenbauunternehmen mit Sitz in Oberhausen im Ruhrgebiet. Ursprünglich als reiner Hüttenbetrieb gegründet, expandierte die GHH frühzeitig in die Bereiche Bergbau und Weiterverarbeitung, wandelte sich im 20. Jahrhundert zum größten Maschinen- und Anlagenbauer Europas und ging schließlich 1986 im heutigen MAN-Konzern auf. Die Geschichte der GHH ist eng mit dem Namen der Unternehmerfamilie Haniel verbunden, so dass der Volksmund das Kürzel gern mit Gehört hauptsächlich Haniel übersetzte. (...) Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die GHH auf Betreiben der britischen Besatzungsmacht – und gegen den erbitterten Widerstand des damaligen Konzernchefs Hermann Reusch – entflochten und in drei getrennte Bereiche zerschlagen. (...) Unter dem Dach der GHH verblieben nach 1953 lediglich die Bereiche Verarbeitung, Maschinen- und Anlagenbau einschließlich der Tochterunternehmen M.A.N. und Werften sowie die Handelsaktivitäten (Ferropaal).“

Inhalt

Aktuelle Meldungen	2
Fußballwirtschaft • Parteifamilien	
NSU-Prozess: Zähe Aufklärungsarbeit	3
Euro-, Banken-, Finanz-, Staatsschuldenkrise – und die vermeintlich einfachen Ein-Punkt-Antworten, also Nicht-Lösungen	4
Kurzanalyse der AfD	6
Auslandsnachrichten	8
Türkei: Gewerkschafter aus der Haft entlassen • Manchester Flughafen: Streik des Reinigungspersonals • Schweiz: Klage wegen Streikrechts bei der ILO • USA: Aussperrung Hafenarbeiter • Pakistan: Aussperrung gegen Gewerkschaft • Hongkong: Hafenarbeiter verteidigen ihr Streikrecht • Thailand: Anklage gegen Gewerkschafter • Iran: 46 inhaftierte Journalisten	
Aktionen ... Initiativen	10
Taschengeldkürzungen für Flüchtlinge: Haderthauer gibt nach • Studiengedöhen in Bayern jetzt wirklich ganz abschaffen! • Bundesregierung versagt beim Schutz von Zootieren • Stoppt die Diskriminierung von Roma in der EU! • Bildungspaket gefloppt: Paritätischer wirft Ministerin Schönfärberei vor • KiK-Textilien am Unglücksort gefunden • Zivilgesellschaft: Gesetz zur Datenauskunft gefährdet Vertraulichkeit der Internetnutzung	
Essener Studie beleuchtet Integration aus vielen Blickwinkeln	12
Zentral für Kunstwissenschaft und Kulturwirtschaft in Köln: Die Kunst- und Museumsbibliothek	13
Wohnen – integrativ und solidarisch: Sicherung und Vermehrung bezahlbaren Wohnraums in der Gesamtstadt Mannheim	14
Kommunale Politik	15
Kita-Besuch muss ohne Verschuldung möglich sein: Hamburg • Kostenlos Busfahren ist möglich: Lübeck. • Weichen für geförderten Wohnungsbau gestellt: Norderstedt • Antrag: Grundstücke der Stadtwerke zurückkaufen: München • Sparkassen sind für wirtschaftliche Entwicklung in den Landkreisen unentbehrlich: Dresden	
Gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit! – Das Prüfinstrumentarium EG-Check	16
Mai-Demonstrationen im Vorfeld von Tarifauseinandersetzungen	17
Orhan Akman bei der Eröffnung der Zentralen Maikundgebung des DGB in München	
Mit Gaucken und Trompeten ... Der Kirchentag als religiöses Event	18
Wirtschaftspresse	19
„Butter bei die Fische!“	20
Linke Landesparteitag Bayern stellt Bundestagsliste auf und beschließt Landtagswahlprogramm	21
Ikenna Onukogu für 6 Wochen gesperrt. Mit diesem Urteilsspruch kann keiner wirklich gut leben	22
Rezensiert: Eine spannendes Stück Wirtschaftsgeschichte	23

Neu erschienen bei Rosa-Luxemburg-Stiftung

Hier zwei Hinweise auf Neuerscheinungen bei der Rosa Luxemburg Stiftung (RLS) im vergangenen Monat:

Der Bruch mit dem Leninismus als System

Sozialismus und Demokratie – eine historische Tragödie. Vortrag von Michael Brie in Leipzig am 20.4.2013

Anlass der Rede war eine Veranstaltung der RLS zum 150 Jahrestag der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (Vorläuferorganisation der SPD) 1863 in Leipzig. Der Beginn der Rede ist eine Skizze des Vortrags:

„Man kann nicht über 150 Jahre oder auch länger Sozialdemokratie in Deutschland sprechen und über den Leninismus schweigen, da die Geschichte der SED und der DDR – auch – Teil dieser Geschichte ist. Der Aufstieg und Fall dessen, was oft Leninismus oder auch Stalinismus genannt wird, umfasste die Spanne von knapp achtzig Jahren. Die Geschichte dieser politisch-sozialen Formation kann erzählt werden wie eine klassische Tragödie in fünf Akten, beginnend mit der Vorstellung der Akteure des Dramas des Konflikts, seine historisch aufsteigenden Bewegung im 19. Jahrhundert verfolgend, die in der Russischen Revolution und der Errichtung eines Parteistaatssozialismus seinen Höhepunkt findet, die Mühen der Ebenen betrachtend, die das Ende des sowjetischen Sozialismus verzögerten, und schließlich fünftens hinführend zur Auflösung des Konflikts und zum Ausblick.“

Anlass zur Diskussion bieten sicher die Schlussfolgerungen, die Michael Brie in seiner Rede zieht:

„Die Geschichte des Leninismus ist Geist vom Geiste, Fleisch vom Fleische der europäischen Linken und der Sozialdemokratie. In ihr wurde eine Möglichkeit ausgeschritten, die seit den 1830er Jahren in der Linken virulent war und 1848 mit ersten politischen Differenzen in die Wirklichkeit trat. In den Jahren zwischen 1914 und 1919 wurden aus diesen Differenzen Spaltungen und Feindschaften, bis auf den Tod. Die linkssozialistischen Versuche, diese Spaltungen zu überwinden, scheiterten bekannter Maßen. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Leninismus und Stalinismus als eigener Geschichte in der Linken ist notwendig auch für jene, die dem le-

ministischen Flügel der Linken nie angehörten. Und seitens derer, die 1989 als Erben der SED antraten, ist sie weiterhin unverzichtbare Bedingung jedweden Anspruchs auf Legitimität und Zukunftsfähigkeit.

Ein bloßes Bekenntnis zur Demokratie reicht aber nicht aus. Denn wenn etwas in diesem Beitrag deutlich werden sollte, so ist es die These, dass Sozialismus gegründet auf der Überführung der Produktionsmittel in eine Hand und wirkliche Demokratie unvereinbar sind. Weder lässt sich dieser Sozialismus demokratisch aufbauen, noch kann er demokratisch erhalten werden, und er zerfällt, wenn demokratische Elemente eingeführt werden. Eine sozialistische Demokratie ist nur möglich, wenn auch der Sozialismus eine plurale Eigentumsgrundlage erhält. Lebensfähig kann er nur sein, wenn er nicht nur eine freie Assoziation der Individuen, sondern auch eine Assoziation von wirtschaftlichen Unternehmungen ist, die wirtschaftsdemokratisch kontrolliert werden. Es gibt deshalb kein Zurück zu Marx und Luxemburg, sondern nur ein Vorwärts zu einem Sozialismus oder auch Luxemburgismus 2.0.“

Der Aufsatz ist bei www.rosalux.de, Publikationen als PDF-Datei herunterzuladen oder als Videobeitrag anzusehen.

Im Rahmen der zahlreichen Untersuchungen der RLS zum Thema Parteienentwicklung ist jetzt erschienen:

Piratenzauber, Über eine Gesellschaft, die Freibeuter hervorbringt. Von Horst Kahrs (Hg.) u.a.

Inhalt:

Potential und Projekt • Conny Hildebrandt / Horst Kahrs / Nelli Tügel: Piratenflaute. Auf dem Weg zu einer Partei unter vielen anderen? • Konstanze Kriese: Vom schwierigen Auszug aus dem Fordismus. Arbeit und Produktion im digitalen Zeitalter • Micael Paetau: Freiheit und Wissensordnung • Jürgen Scheele: Das Netz, die Eigentumsfrage und digitale Commons • Was bleibt?

Das Buch Piratenzauber wird zunächst in Auszügen veröffentlicht und ist ab 1.7. auf der Seite von RLS im Volltext verfügbar. Bereits jetzt ist es im Buchhandel erhältlich: Kahrs, Horst (Hg.): Piratenzauber. Über eine Gesellschaft, die Freibeuter hervorbringt ISBN 978-3-89438-508-8, Neue Kleine Bibliothek 188, PapyRossa Verlag.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 6. Juni 2013.

Redaktionsschluss: Freitag, 31. Mai.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

6. Juni, 4. Juli, 1. August, 12. Sept., 10. Okt., 7. Nov., 5. Dez. 2013,